

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion:

Kapitulation der Sozialdemokratie

Die SPD schluckt den Lohnabbau

Berlin, 14. Dezember.

(Eigener Bericht)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versammelte sich Montag mittig zu einer Sitzung, um über die Haltung ihrer Vertreter in der Mittwochsitzung des Aeltestenrats Beschluß zu fassen. Bei Schluß der Redaktion dauerten die Beratungen noch an. Die Stimmung der Fraktion war unter dem Druck des Fraktionsvorstandes, der in seiner Vormittags-sitzung beschlossen hatte, der Fraktion die weitere Tolerierung des Kabinetts Brüning vorzuschlagen, recht einheitlich für diesen Vorschlag. Der Fraktionsvorstand hatte seinen Vorschlag vor allem damit begründet, daß man abwarten müsse, ob sich die versprochenen Maßnahmen der Reichsregierung zur Herbeiführung der Preisenkung als erfolgreich erweisen würden. Wenn dies nicht der

Fall sein sollte, so würde Mitte Januar immer noch Zeit sein, die Zusammenberufung des Reichstags vor dem 23. Februar zu verlangen. Dieses Abwarten sei auch aus dem Grunde geboten, weil in einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und Vertretern der SPD-Fraktion für Mitte Januar des nächsten Jahres der Erlaß einer neuen Notverordnung in Aussicht gestellt sei. Von verschiedenen Seiten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Fraktion von der Reichsregierung ein energisches Vorgehen gegen die nationalsozialistische Bewegung erwarte. Es wurde erklärt, daß es nicht genüge, mit starken Worten vorzugehen, sondern daß diesen Worten auch Handlungen entsprechen müßten.

Die Situation ist ähnlich wie in der Fraktionssitzung vom 16. Juni d. J., in der sich die Fraktion gleichfalls durch vage Versprechungen der Reichsregierung trösten und zur

weiteren Tolerierung bewegen ließ. Es ist diesmal ebenso wenig damit zu rechnen, daß den unverbindlichen „Versprechungen“ Taten folgen werden, die zu einer Erleichterung der Lage der Arbeiterschaft und zu einem ernsthaften Vorgehen gegen den nationalsozialistischen Blutterror führen werden. Mit dieser Haltung hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Lohnraub, den Bruch des Tarifrechts, den Raub der Invalidenrenten und die Vernichtung des Preß- und Versammlungsrechts toleriert und damit die Verantwortung für diese faschistischen Maßnahmen übernommen.

Wie im Juni, so bedeutet auch diesmal die angebliche Verschiebung der endgültigen Entscheidung und das Abwarten nichts anderes als den Versuch, die Arbeiterschaft über die Tragweite der weiteren Tolerierung hinwegzutäuschen.

Sie tolerieren sich tot!

Die Proletarier, die nach dem Bekanntwerden der letzten, alle schlimmen Erwartungen übertreffenden Notverordnung gehofft hatten, daß die Sozialdemokratie jetzt endlich diese Tolerungspolitik aufgeben und die Massen zum ernsthaften Kampf gegen die immer drückender werdenden Belastungen der unteren Volksschichten aufrufen wird, sind bitter enttäuscht worden.

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bedeutet die Fortsetzung der bedingungslosen Tolerierungspolitik und die Wegräumung der letzten Hindernisse gegen die vollkommene Kapitulation vor dem Kassegegner. Hilferding hat im Haushaltsausschuß des Reichstages die neue Notverordnung verwerflich genannt und wenn jetzt die Sozialdemokratie auch vor der Unterzeichnung dieser verwerflichen, dieser schlimmsten aller Notverordnungen nicht zurückschreckt, dann gibt es für sie im Nachhinein an den kapitalistischen Klassen gegenüber überhaupt keine Grenzen mehr. Die Proletarier, die bis heute noch an einen Kurswechsel in der Sozialdemokratie geglaubt haben, werden ihre letzten Hoffnungen fahren lassen müssen, denn eine Arbeiterpartei, die trotz der dauernden Verschärfung und Versteifung der Krise auf dem Standpunkt steht, daß die Arbeiterklasse in dieser Krise nicht kämpfen kann, die muß alles schlucken, die wird alles tolerieren: Von der ersten über die vierte Notverordnung bis zur legalen Regierung Brüning-Hitler.

Die weitere Tolerierungspolitik, die der „Vorwärts“ auch jetzt wieder mit der Notwendigkeit, die Nazis von der Regierung fernzuhalten, begründet, wird, wenn aus der Arbeiterklasse nicht eine neue Widerstandskraft wächst, die faschistische Bewegung weiter noch stärken und in schnellerem Tempo noch die legale Mitregierung der Nazis vorbereiten.

Hitlers Privat-Luftflotte

Weihnachtsfrieden im Zeichen faschistischer Bürgerkriegsrüstungen

Berlin, 14. Dezember

Adolf Hitler hat im SA-Mitteilungsblatt einen Befehl erlassen, der die Schaffung eines nationalsozialistischen Fliegerkorps zum 1. Januar 1932 verfügt. Dies Verordnungsblatt trägt das Datum des 30. November. Es bestimmt, daß bis zum 20. Dezember, also bis zum nächsten Sonntag, „alle mit der Flugwaffe ausgebildeten“ (wörtlich!) Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die „in der Lage und gewillt“ sind, sich für die Bildung der nationalsozialistischen Fliegerkorps zur Verfügung zu stellen, listenmäßig erfaßt werden sollen.

Es besteht bereits ein Ring nationalsozialistischer Flieger. Dieser Ring soll der Grundstock für das jetzt zu bildende reguläre Fliegerkorps werden.

Die Antwort aus dem Braunen Haus in München auf das Bekanntwerden dieser ursprünglich nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Nachricht ist bezeichnend. Sie streitet nichts ab, sucht aber die gewaltige Bedeutung dieser Tatsache möglichst herabzumindern. Es wird dort gesagt, daß es sich „keineswegs um etwas „Geheimnisvolles“ handle. Genau so wie Dutzende von Flugvereinigungen in Deutschland beständen und wie in der NSDAP bereits ein Automobilkorps auf sportlicher Grundlage die Automobilisten der Partei zusammenfasse, solle auch hier ein nationalsozialistisches Fliegerkorps als eingetragener Verein mit flugsportlichem Interesse geschaffen werden.

Gleich darauf aber läßt dieses „Dementi“ die ganze Gefährlichkeit dieser nationalsozialistischen Rüstung durchblicken, indem es sagt:

„den vorhandenen Flugkundigen solle Gelegenheit zur Uebung gegeben werden.“ Natürlich nicht Uebung zum Bürgerkrieg — davon redet man nicht — sondern, „damit sie vor allem auch ihren Flugschein nicht verlieren (was sich doch die Nazis für Sorgen um die Privatinteressen ehemaliger Flieger machen! D. Red.) und im gegebenen Falle als Propagandaflieger bei Werbemärschen und Wahlen eingesetzt werden könnten.“

Nur in einem ist Herr Hitler unvorsichtig gewesen: Davon, daß er in seinem Erlaß von

Leuten spricht, die „in der Flugwaffe ausgebildet“ sind! Also so harmlos scheint der ganze „Sport“ doch nicht zu sein.

Vor allem aber ist es natürlich kindlich und politisch äußerst gefährlich, wenn man — wie es auch das Reichsverkehrsministerium, dem die Prüfung der Flieger untersteht, in seiner völlig inhaltlosen Erklärung zu diesem Fall tut — eine so wichtige und weitreichende Handlung der Nationalsozialisten völlig außerhalb ihrer sonstigen politischen Vorbereitungen betrachten will. Wenn also das Reichsverkehrsministerium einfach erklärt, das alles ginge es nichts an, wenn weitere Ministerien sich überhaupt nicht um diese Angelegenheit kümmern, so heißt das in der Praxis, daß sie es nicht für nötig halten, irgend etwas gegen die Bürgerkriegsrüstungen der Nationalsozialisten zu tun.

Um so mehr müssen sich die Proletarier darum kümmern, müssen erkennen, mit welcher Energie und welchen Mitteln hier der Faschismus zum Krieg gegen das deutsche Proletariat rüstet, müssen sich fest und immer fester zusammenschließen zu einer kampfbereiten Proletarierfront, an der auch Herrn Hitlers Bürgerkriegsflugzeuge jämmerlich zerschellen müssen.

Hörsing muß Reichsbannerführung niederlegen

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Führer des Reichsbanners, Hörsing, einen längeren „Urlaub“ angetreten. Die vorläufige Führung des Reichsbanners übernimmt der bisherige zweite Bundesführer des Reichsbanners und Hauptschriftleiter der „Magdeburger Volksstimme“, Höltermann.

Sozialistischer Schutzbund schützt Reichsbanner gegen Nazis

Der Schutzbundprozeß in Bremen

Bremen, 14. Dezember.

Am Montag begann in Bremen der große Landfriedensbruchprozeß, in dem elf Mitglieder unseres Schutzbundes neben vier Reichsbannerleuten und zwölf Nazis wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt sind.

Es handelt sich in diesem Prozeß um die Vorgänge, bei denen die Nationalsozialisten nach einer sogenannten „Novembertotenfeier“ die Straßen Bremens unsicher machten und mit dem Reichsbanner eine Schlägerei begannen. Trotz des Demonstrationsverbots konnten die SA-Leute militärisch formiert ungehindert durch die Stadt ziehen, die Bevölkerung provozieren und Reichsbannerleute überfallen. An diesem Abend war gerade in Bremen die Gründungsversammlung unseres Schutzbundes. Sobald die Nachricht von den Nazi-Exzessen eintraf, war es für die Schutzbündler eine Selbstverständlichkeit, die Reichsbannerleute nicht im Stich zu lassen.

Kaum waren unsere Genossen auf die

Straße gelangt, als sie bereits von den Nazis angegriffen wurden. Obwohl die Provokation offensichtlich von den SA-Leuten ausging, hat die Bremer Polizei nicht weniger als 60 Genossen vom Schutzbund und einige Reichsbannerleute verhaftet. Von unseren Genossen wurden die letzten erst vor wenigen Tagen aus der Haft entlassen. Kein einziger von den Nazis war auch nur eine Stunde in Haft!

In den Schlägereien zwischen Nazis und Reichsbanner hat die erst wenige Stunden zuvor ins Leben gerufene Schutzbundorganisation den stärksten Stoß im Zusammenprall zwischen Faschismus und republikanischer Schutztruppe davongetragen. Der Schutzbund hat seine Feuerprobe bestanden. Welche Stellung das republikanische Gericht gegenüber den Schützern des Reichsbanners einnimmt, wird der Prozeß, in dem die Verteidigung unserer Genossen in den Händen von Rechtsanwalt Müller-Bremen und Genossen Kurt Rosenfeld-Berlin liegt,

zeigen. Er wird einen neuen wichtigen Beitrag zu den Polizei- und Justizzuständen in der deutschen Republik liefern, zugleich aber auch für die Notwendigkeit, daß die Arbeiterschaft sich gegenüber dem Vordringen des Faschismus zu fester Front zusammenschließt.

Der erste Tag des Prozesses brachte keine Überraschungen. An diesem ersten Tage wurden nur die Angeklagten vernommen, und zwar zuerst die angeklagten Schutzbund-Genossen und Reichsbannerleute, deren Aussagen den Sachverhalt darstellten. Der Verteidiger der Nazi-Angeklagten, Freysler-Kassel, machte einen Vorstoß gegen den einzigen dem Gericht angehörenden proletarischen Schöffen, den er abgesetzt haben wollte. Dieser Antrag wurde vom Gericht abgelehnt.

Die Verhandlung hat bereits klar ergeben, daß die Nazis die Angreifer gewesen und bis vor das Arbeiter-Samariter-Hospital, in dem unsere Genossen eine Versammlung abhielten, vorgedrungen sind.

Erleichterung durch die Winterhilfe?

Bei genauerem Zusehen wird der Wert der von der SPD als Erfolg gepriesenen Winterhilfe immer zweifelhafter. Deutschland hatte 1925 über 5,9 Millionen Arbeiterhaushaltungen, in denen über 24,6 Millionen Menschen lebten, das heißt je Haushalt 4,2 Personen. Arbeitslos sind gegenwärtig 5,1 Millionen Menschen, mit Angehörigen also mindestens 18 Millionen. Die Winterhilfe, auf die die SPD so stolz ist, versorgt für 12 bis 16 Wochen maximal 7 Millionen Menschen.

Das ist also noch lange nicht die Hälfte derer, die von der Arbeitslosigkeit unmittelbar betroffen sind.

Was verbraucht der Arbeiter? Aus den im Hochkonjunkturjahr 1927/28 aufgestellten Haushaltrechnungen ergibt sich in den Arbeiterhaushaltungen zu 4,2 Personen ein Verbrauch von 670 Gramm Fleisch und Wurstwaren je Kopf und Woche, von 1,7 kg Brot und Backwaren und von 2,3 kg Kartoffeln, ebenfalls je Kopf und Woche. Andere Verbrauchsberechnungen zeigen, daß 1930 der Fleischverbrauch der Gesamtbevölkerung je Kopf und Woche nur 230 Gramm betrug, der Kartoffelverbrauch aber 2,4 Kilogramm.

1927/28 gab der Arbeiter wöchentlich aus, ebenfalls nach den Haushaltrechnungen je Haushalt: 4,25 RM für Brot und Backwaren, 6,65 RM für Fleisch, 1,30 RM für Kartoffeln und 2,30 RM für Heizung und Beleuchtung. Unter Berücksichtigung der Preisänderungen dürften gegenwärtig die entsprechenden Ausgaben bei gleichen Mengen diese sein: Brot 8,90 RM, Fleisch 4,50 RM, Kartoffeln 1,20 RM und Heizung und Beleuchtung unverändert 2,30 RM.

Nun die „Leistungen“ der Winterhilfe. Beim Brot sollen 7 Millionen Menschen auf 16 Wochen ein Brot von 1250 Gramm in der Woche um 4 Pfg. billiger bekommen.

Der so verbilligte Verbrauch entspricht bei 18 Millionen Arbeitslosen und Angehörigen also noch nicht einmal 40 Prozent, was insgesamt konsumiert wird.

Bei Kartoffeln sollen 5 Millionen Menschen monatlich 50 Pfund verbilligt bekommen, und zwar auf vier Monate. Diesen zehn Millionen Zentnern steht ein Verbrauch für 18 Millionen

Menschen in vier Monaten von etwa 15 Mill. Zentnern gegenüber; die Verbilligung, die 70 bis 80 Pfg. je Zentner betragen soll oder etwa 18 Proz., kommt also nicht dem gesamten Bedarf der Arbeitslosen, sondern nur etwa zwei Dritteln zugute. Beim Fleisch sollen 5 Millionen Menschen auf 12 Wochen je ein Pfund in der Woche um 30 Pfg. billiger bekommen; es entfällt also gerade ein Pfund auf jeden Arbeiterhaushalt. Selbst wenn man die niedrige oben angegebene Verbrauchsmenge von nur 230 Gramm je Kopf und Woche zugrunde legt, braucht ein Haushalt rund 970 Gramm wöchentlich. Verbilligt wird aber nur die Hälfte. Dabei besteht gar kein Zweifel, daß in vielen Orten auch die um 30 Pfg. je Pfund verbilligten Preise immer noch höher liegen als anderwärts die nicht verbilligten. In München beispielsweise kostete im Juni dieses Jahres Schweinefleisch (frisches Bauchfleisch) 96 Pfg., in Frankfurt a. Main sogar 98 Pfg., in Magdeburg gleichzeitig nur 62 Pfg., in Köln 67 Pfg.

Man kann beim besten Willen nicht behaupten, daß diese Leistungen der Winterhilfe ein Erfolg sind.

Dies um so weniger, je mehr man den Finanzierungsgrundlagen nachgeht. Die Brot- und Kartoffelverbilligung geschieht ausschließlich auf „Kosten“ des betreffenden Handels selbst; nur die Fleischer haben es verstanden, eine Rückvergütung vom Reich zu erlangen. Sie erhalten die 18 Millionen RM, die die Verbilligung betragen soll, zurückvergütet.

Was spart nun der Arbeitslose wirklich durch die Winterhilfe? Beim Brot je Monat und Haushalt vielleicht 30 Pfennig (es sind insgesamt 6 1/2 Mill. RM für vier Monate vorgesehen), bei den Kartoffeln 35 bis 40 Pfg. (die Verbilligung beträgt je Zentner 70 bis 80 Pfg., zugeteilt wird je Haushalt— 5 Millionen sind vorgesehen — die Hälfte), und beim Fleisch 1,20 RM. Dazu kommt noch die Verbilligung der Hausbrandkohle, die wir je Monat nochmals mit 1,— RM bewerten wollen. Alles in allem eine Ersparnis von maximal 3,— RM im Monat.

Wie groß diesem Betrag gegenüber die Verringerung der Bezüge der Arbeitslosen ist,

brauchen wir wohl kaum anzudeuten; die Ersparnis macht vielleicht ein Viertel des Ausfalls wieder gut, und auch dies nur für drei bis vier Monate. Wahrlich, ein Erfolg der Tolerierungspolitik!

Ein sozialdemokratisches Eingeständnis

Der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Afa-Bundes, Dr. Suhr, sprach am Freitag in einer Funktionärerversammlung der SPD Dresden über die Wirkungen der Notverordnung. Dem Bericht der „Dresdner Volkszeitung“ entnehmen wir folgende markante Stellen des Referats:

„Die Senkung der gebundenen Preise um 10 Prozent ab 1. Januar 1932 ist sehr notwendig, aber unzureichend und oben-drei, weil sie schematisch durchgeführt wird, eine dilettantische Maßnahme. Der Arbeiterhaushalt wird ihre Wirkung fast garnicht zu spüren bekommen... In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß bei der Verbilligung der Lebenshaltungskosten gar nichts herauskommen wird. Nur einen Erfolg dürfte der Preissenkungskommissar haben: eine Herabsetzung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätstarife. Sie hat aber einen Haken. Je größer der Druck auf diese Tarife, um so weniger haben die Gemeinden Mittel für die Wohlfahrtserwerbslosen zur Verfügung. Die Senkung dieser Tarife geschieht also auf Kosten der Wohlfahrtserwerbslosen.“

Ueber die Mietsenkung sagte Suhr, daß sie „nur unerheblich“ sei und „das beste Geschäft dabei wieder die Hausbesitzer machen“ würden. Suhr kam zu folgendem Ergebnis:

„Im ganzen würde eine Verbilligung der Lebenshaltung um etwa 4 Prozent eintreten, demgegenüber eine Senkung der Löhne und Gehälter um durchschnittlich 12 1/2 Prozent steht. Es findet somit eine Senkung des Reallohns um 7 1/2 Prozent statt.“

Nach dem Bericht der „Volkszeitung“ zog Suhr aus seinen richtigen Feststellungen mit keinem Wort den Schluß, daß die Sozialdemokratische Partei gegen diese Notverordnung kämpfen und die Tolerierung der Regierung Brüning beenden müsse. Diskussion fand vor-sichtshalber nicht statt.

Die Widerstandskraft der Arbeiterklasse zu wecken, ist nach der neuesten Kapitulation der SPD die Aufgabe der Sozialistischen Arbeiter-Partei, deren Mitglieder und Organisationen jetzt in die Massen vorstoßen und eine Bewegung gegen die neue Notverordnung entfachen müssen. Die mit der letzten Notverordnung der Arbeiterklasse bescherte neue unerträgliche Belastung trifft alle Proletarier, ohne Unterschied ihres Parteibuches. Darum muß versucht werden, in den Betrieben und wo sonst die Möglichkeit dazu gegeben ist, alle die Opfer der neuen Notverordnung zusammenzubringen zum gemeinsamen Protest und zum gemeinsamen Kampf gegen die von der Regierung Brüning geführte, gegen die Arbeiterklasse in Marsch gesetzte Dampfwalze. Wenn durch die von uns zu erstrebenden Aktionen beim ersten Anlauf auch die Notverordnung selbst noch nicht beseitigt wird, so wird das Zusammengehen der Arbeiter für das gemeinsame Klasseninteresse das Kraftbewußtsein aller Proletarier stärken und die Grundlage schaffen für die Widerstandskraft und Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse, die die Voraussetzung ist für den erfolgreichen Kampf des Proletariats gegen den in dieser Krise mit aller Rücksichtslosigkeit geführten brutalen kapitalistischen Klassenkampf.

Die Schlachtsteuer kommt!

Berlin, 12. Dezember.

Das preussische Kabinett wird sich Anfang nächster Woche mit dem neuen preussischen Haushalt befassen. Da die Reichsnotverordnung große Erleichterungen für den Haushalt bringt, so glaubt man jetzt, daß nur noch ein Defizit von etwa 150 Millionen verbleibt. Diesen Betrag will man zum größten Teil aus der neu einzuführenden Schlachtsteuer decken. Sie soll nach dem Wertobjekt gestaffelt werden. Man erwartet von ihr einen Ertrag von 100 bis 120 Millionen. Der noch verbleibende Fehlbetrag soll durch weitere Abstriche am Haushalt aufgebracht werden.

Bekanntlich hat die „SAZ“ zuerst die Öffentlichkeit von der ungeheuerlichen,

die Lebenshaltung des Proletariats erneut verteuern

Schlachtsteuer unterrichtet. Wir konnten dabei auch mitteilen, daß zur Verhütung der Abwanderung der Schlachtungen aus Preußen in benachbarte Gebiete von nicht-preussischem Fleisch eine Ausgleichsabgabe erhoben werden solle, die einen innerdeutschen Zoll darstellen würde. Hier hat sich das preussische Ministerium bis heute noch nicht geäußert, zweifellos eine Bestätigung auch dieser unglaublichen Absicht!

Jarres bricht den Weihnachtsfrieden

Freche Aufforderung zu Gewalttaten — Greift der Staatsanwalt zu?

Wer war Schlageter? Die meisten Deutschen werden treu und bieder antworten: ein Held, den die Franzosen gemordet haben. So lebt die Legende um einen notorischen Abenteurer, für den das Ruhrabenteuer unseligen Angedenkens ein willkommenes Anlaß war, sich materiell „gesund zu machen“.

Einer der Verehrer, die zu diesem Kreis gehören, ist der Herr Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres. Er hat bei dem Ehrenmal für den Abenteurer Schlageter die Heldenlegende natürlich unterstützt. Herr Jarres hat freilich allen Grund dazu, ist er doch der Innenminister des glorreichen Jahres 1923, gerät er doch zu jenen Verderbern Deutschlands, die es in den passiven Widerstand hineingehetzt haben, die schuldig sind an dem geistigen Raubzug der Schwerindustrie gegen das deutsche Volk.

Daß das „Andere Deutschland“ in einer Broschüre, betitelt „Wer war Schlageter“, den falschen Glorienschein vom Haupt dieses seltsamen Hakenkreuzhelden herabreißt, hat den Oberbürgermeister von Duisburg Feder in die Hand gedrückt, hat ihn einen Brief an das „Andere Deutschland“ schreiben lassen, den er gleichzeitig der Telegraphenstation zur Veröffentlichung übergeben hat. Herr Jarres schimpft wie ein Rohrspatz, nun das mag von seiner besonders guten Unterstube herkommen. Wenn er aber zum Schluß dieser üblen Epistel schreibt, daß derartige (zur Aufklärung des deutschen Volkes sehr wichtige) Broschüre geschrieben hat, verdient hätte, „daß ihm die Haken in den Leib zerschlagen werden“, so ist eine derartige Aufforderung zur Verwal-tung gewiß nicht unter den Begriff der Narrenfreiheit, die man eventuell sonst zugunsten des Herrn Jarres in Anwendung bringen könnte.

Herr Jarres vergeht sich in größlicher Frechheit gegen die neueste Notverordnung und tragt dazu, er bricht mit dieser Aufforderung zu Gewalttaten den von Brüning verkündeten Weihnachtsfrieden, der Herr Oberbürgermeister macht sich damit zum Objekt der sichersten Aufmerksamkeit der Staatsanwaltschaft, und er erwartet, daß er bei der Schwere seines Vergehens sofort in Haft genommen und vom Richter abgeurteilt wird.

Hilferdings Bekenntnis zur 4. Notverordnung

Verwerfliches wird unterstützt

Am Sonnabend schon, noch bevor die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ihrer für Montag einberufenen Sitzung zusammengetreten ist, hat Rudolf Hilferding die SPD im Haushaltsausschuß für Brünings schlimmste Notverordnung festgelegt. Hilferding gab im Haushaltsausschuß des Reichstags für seine Partei folgende Erklärung ab (die der „Vorwärts“ seinen Lesern bezeichnenderweise nicht mitgeteilt hat):

„Wir finden die Bestimmungen der Notverordnung verwerflich, die der großen Masse der werktätigen Bevölkerung weitere Lasten auferlegen, ohne daß es möglich ist, vorher oder mindestens gleichzeitig für eine Senkung der Lebenshaltungskosten zu sorgen. Wenn wir wissen würden, daß an Stelle dieser Notverordnung eine bessere gesetzt werden könnte, so würden wir nicht einen Moment zögern, diese Notverordnung abzulehnen. Wir wissen aber, daß über den wirtschaftlichen Erwägungen jetzt politische Erwägungen stehen müssen.“

Wir machen kein Hehl daraus, daß die Notverordnung an vielen Stellen eine Verletzung der Arbeiterrechte darstellt. Aber wir müssen politische Gründe sprechen lassen, und die Kommunisten sind uns sicherlich sehr dankbar, daß wir das tun, weil wir ihnen damit die Verantwortung abnehmen. Ueber unserem Parteiinteresse steht für uns alle die Wahrung der Freiheit des deutschen Arbeiters. Diese Freiheit wäre erledigt, wenn der Faschismus kommt. Die ernste Auffassung unserer Pflichten dem deutschen Arbeiter gegenüber zwingt uns, auf hohle Phrasen und leere Versprechungen zu verzichten und für das Freiheitsgut zu sorgen.“

„Wir finden die Notverordnung verwerflich“, sagt Hilferding, aber wir tolerieren und unterstützen sie. Die sozialdemokratischen Arbeiter draußen, die unter der Wirkung der Notverordnung schwer zu leiden haben und die sehr empört sind über diese Notverordnung, sind überhaupt nicht um ihre Meinung befragt worden. Hilferding hat für sie alle gesprochen im Haushaltsausschuß und hat die Entscheidung vorweggenommen der sozialdemokratischen Fraktion, die nur noch Ja und Amen zu Hilferdings Erklärung sagen kann. Dieser Vorfall zeigt, daß die Massen in der SPD nicht mitzubestimmen haben und daß es gegen Unterstützung von „verwerflichen Notverordnungen“ keine Opposition in der SPD mehr gibt.

Den sozialdemokratischen Arbeitern will Hilferding die Tolerierung der Notverordnung dadurch schmackhaft machen, daß er im Haushaltsausschuß des Reichstags früher noch davon sprach, daß die Notverordnung den Arbeitern sozusagen von hintenherum den

Sozialismus bringe. Nach dem Bericht sagte Hilferding im Ausschuss:

„Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte der Redner, wie gerade die vierte Notverordnung deutlich zeige, daß vom juristischen Standpunkt aus das öffentliche Recht immer über das Privatrecht siege. Das sei eigentlich eine Bestätigung der sozialistischen Ideologie. Es sei außerordentlich interessant, wie, dem Zwange eiserner Umstände folgend, alle die Einwendungen, die von bürgerlicher Seite gegen den Sozialismus gemacht worden sind, nun fallen müssen und wie die sozialistischen Gedankengänge nun von bürgerlichen Parteiangehörigen in die Tat umgesetzt werden müssen.“

Da haben wir's. Der Sozialismus ist wieder mal da... Allerdings ein schöner

Sozialismus, bei dem die Arbeiter dick und fett werden.

Auch Löbe für Tolerierung

Paul Löbe veröffentlicht einen Artikel, in dem er zwar über den Inhalt der Notverordnung klagt, am Schluß aber dann doch zu der Ueberzeugung kommt, daß nichts weiter übrig bleibt, als die weitere Tolerierung dieser schlimmsten Notverordnung. Von den führenden Sozialdemokraten sieht keiner mehr einen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Sie trotteln weiter auf der Rutschbahn und tolerieren Hitler immer größer.

Blitzgang der Gewerkschaften

Berlin, 14. Dezember

Die von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden erbetene erneute Aussprache, mit dem Reichskanzler über die Notverordnung ist für Montag nachmittag in Aussicht genommen.

Wieder ein toter Arbeiter

Der Weihnachtsfrieden Brüning

Hamburg, 18. Dezember.

Am Sonntag abend kam es auf dem Hamburger Dom, wo der bekannte Weihnachtsmarkt abgehalten wird, zu blutigen Kämpfen zwischen Polizei und Erwerbslosen, vornehmlich Anhängern der KPD. Wie leicht erklärlich, kommt es heute überall, wo die Opfer der Brüning-Politik und des kapitalistischen Verfalls in größerer Zahl zusammenkommen, zu lebhaften Diskussionen über die Wirkung der neuen Notverordnung. So auch am Sonntag abend auf dem Hamburger Dom. Als die Polizei einen der lebhaft diskutierenden Arbeiter verhaftete, versuchte die Masse ihn zu befreien. Inzwischen begann auch die auf- und abflutende Menge die Internationale zu singen und „Nieder“-Rufe gegen Brüning und die Notverordnung auszubringen. Darauf begann die Polizei auf die Menge zu schießen, und auf der Stelle blieben zahlreiche Verletzte auf der Strecke. Die Menge antwortete mit einem Bombardement von Pflastersteinen und Eisenstücken. Erst weiteren Verstärkungen der Polizei gelang es, die aufs äußerste erregte Menge zu zerstreuen, die sehr viel hartnäckiger als sonst in ähnlichen Fällen Widerstand leistete.

Die durch die Schießerei der Polizei Verletzten, unter denen sich ein völlig unbeteiligter Schulknabe befand, wurden ins Hafens-Krankenhaus geschafft. Ein junger Arbeiter

erlag dort sofort nach der Einlieferung seinen Verletzungen.

Der Christmarkt der Bourgeoisie im Zeichen des „Weihnachtsfriedens“! Ein Wohlgefallen — den Völkern ganz gewiß nicht!

Selbst die Freiheit der Berichterstattung existiert nicht mehr!

Der Stahlhelm hatte am Sonnabend abend eine Mitgliederversammlung veranstaltet, in der zur Notverordnung Stellung genommen werden sollte. Die Presse war in der üblichen Weise zur Berichterstattung eingeladen worden. Im letzten Augenblick machte die Polizei jedoch geltend, daß Pressevertreter, die dem Stahlhelm nicht angehörten, gemäß der neuen Notverordnung von der Versammlung auszuschließen seien. Die zu der Versammlung erschienenen Pressevertreter mußten infolgedessen den Saal verlassen.

Tschiangkaischek zurückgetreten

Der Präsident der chinesischen Republik, Tschiangkaischek, ist zurückgetreten. Der Rücktritt wurde angenommen. Man erwartet auch den Rücktritt des Finanzministers und zahlreiche weitere Personalveränderungen in der Regierung.

Mörder und Feiglinge

Das blutige dritte Reich — Aus dem Nazi-Prozeß

Die Montag-Verhandlung gegen die Nazi-Mörder aus der Hufelandstr. in Berlin-Moabit brachte die Vernehmung der Angeklagten Becker, Hanschke, Weber und Porath. Man gewinnt allmählich einen vollständigeren Eindruck von dem Charakter der Angeklagten und ihrer Taten. An Intelligenz den anderen Angeklagten weit überlegen ist der Handlungshelfer Becker, der sich außerordentlich geschickt, kaltblütig, umsichtig und die Publikumswirkung genau berechnend verteidigt. Er belastet Kollatz und behauptet mit großer Bestimmtheit, daß dieser

den tödlichen Schuß abgegeben habe. Er sei nach seinem Eindringen in den Laden des Schneider mit der Frau in Streit gekommen und darauf von dem Sohn mit einem Stuhlbein bedroht worden. Er habe seine Pistole gezogen, im selben Augenblick hat Kollatz geschossen und „mitgerissen schoß auch ich“ erklärt Becker. Es ist dies die dritte Version, die zur Vertuschung des Tatbestandes von den Angeklagten gegeben wird. Pressel hat nur einen Schreckschuß mit „angewinkelter Hand“ in die Luft gegeben, Kollatz macht sich die Darstellung auch für seinen Schuß zu eigen, will aber von hinten bedrängt worden sein, wodurch der Schuß die verhängnisvolle Richtung bekam, Becker wiederum behauptet auf Frage des Staatsanwalts,

nur „aus Schreck über den Schuß Kollatz“ auch geschossen zu haben. Nach der Tat ist er zum Friedrichshain geflüchtet und hat dann in einem Verkehrslokal von seiner Verfolgung gehört. Darauf ist er in die Gaugeschäftsstelle in die Hedemannstr. gegangen und hat dort dem Oberführer Janson gegenüber die Absicht geäußert, Berlin zu verlassen. Geld will er nicht erhalten haben. Kollatz und Hanschke will er „rein zufällig“ auf dem Bahnhof getroffen

haben. Auch das Reiseziel Feldberg beruhte auf Zufall. Er hat sich in Feldberg an den SA-Führer Scheiber gewandt, von dem er Fahrgeld nach Neubrandenburg erhielt. Er hat aus freien Stücken den Plan gefaßt, Deutschland zu verlassen, und wieder zufällig in einem Handbuch den Namen des Hauptmanns Maltitz in Innsbruck erfahren. Er borgte sich das Fahrgeld und hat unbehelligt die Grenze überschritten. In Innsbruck hat er Maltitz getroffen, der ihn nach Wien abschob, wo er im Nazi-Organ „Der Kampf“ Beschäftigung fand. Dort wurde er verhaftet.

Hanschke, der nach eigenem Geständnis den Bankbeamten Graf erschoss, ist mehrfach vorbestraft und eine typische Landsknechtsnatur, der die SA als reine Soldatengelegenheit auffaßte und genau so gut im Dienste eines Ringvereins schießen würde.

Die Vorgeschichte der Schlägerei schildert er ähnlich wie Becker und Kollatz. Nach der Abgabe der Schüsse im Laden wurde er von Schneider sen. zu Boden geschlagen und verlor dabei die Besinnung, die er erst wieder beim Erscheinen des Ueberfallkommandos er-

langte, allerdings so rechtzeitig, daß er noch fliehen konnte.

Von dem Mord hat er erst durch Radio erfahren.

Er hat darauf Kollatz getroffen, der ihm zurief: „Ich türme!“ Darauf habe er, um sich interessant zu machen, erwidert: „Ich gehe mit.“ Die ganze Sache sei Prahlerei gewesen. Er ist mit Becker bis Neubrandenburg zusammen gewesen. Später ist er auch nach München gefahren, hat dort den Angeklagten Sturmführer Weber getroffen, von dem er einen Paß verlangte. Weil er Weber nicht traute, wollte er ihn in die Sache verwickeln, und hat ihm die erfundene Geschichte erzählt, er habe Schneider und Graf erschossen. Auf Fragen, wieso er dazu kam, meint Hanschke: „Ich mußte doch einen Grund zur Flucht haben.“ Er ist dann über Wien nach Bozen gefahren, wo man ihm aber nicht geglaubt habe, daß er „deutscher Faschist“ sei. Aus Mangel an Mitteln ist er dann nach Kufstein zurückgefahren, wo er verhaftet wurde. Eine Pistole will er nicht besitzen haben, sondern nur eine „Alarmpistole“. „Wenn ich die Tat wirklich begangen hätte, würde ich nie darüber geredet haben.“ Auch eine Argumentation. Sein Pech: daß ein Kassiber von ihm gefunden wurde, der seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter wiedergibt und um gleichlautende Zeugenaussagen bittet.

Der Angeklagte Weber hat Hanschke „damals“ für einen anständigen Menschen gehalten, er gibt zu, ihm seinen Paß zur Flucht zur Verfügung gestellt zu haben.

Der Angeklagte Porath will die Taten

von Kollatz, der sich ihm gegenüber als Heinz Böhm bezeichnet habe, nicht gekannt haben. Er hat Kollatz nur zur Flucht verholfen, „um ihn aus Neubrandenburg loszuwerden“.

Die Bank der Angeklagten ist völlig auseinandergefallen. Becker und Kollatz, Hanschke und Weber beschuldigen sich gegenseitig, führen gegeneinander einen Kampf auf Leben und Tod, keine Spur von Kameradschaftlichkeit, kein Gedanke von politischem Zusammenhalt. „Es tut mir nicht leid, was ich getan habe“, schreibt Hanschke in seinem Kassiber. Diese Äußerung und die Ausdrucksweise der angeklagten Nazis, wie „Im Dienst“, „Wache schießen“, „Im Kampf gefallen“, „Wache des Angriff“, „SA und SA-Reserve“, „Lokal wird gestürmt“, „Position halten“ usw., ist charakteristisch für die Bürgerkriegsideologie, die über diesem Prozeß schwebt.

Offizielle Kriegspropaganda

Unter Mussolini

Der italienische Kriegsminister, General Gazzera, hat für die beste Schilderung der Kriegshandlungen an der italienischen Front sieben fünf Preise zu je 10 000 Lire ausgesetzt. Bedingung für den Wettbewerb ist, daß die eingesandten Manuskripte „frisch, farbig und aus lebendiger Anschauung heraus geschrieben“ sind. Die Einsendungen müssen bis zum 4. November des nächsten Jahres beim italienischen Kriegsministerium eingehen. Das Ergebnis der Preisverteilung wird im Mai 1933 mitgeteilt werden.

Die Sachverständigen belasten

Neunte Woche im Calmette-Prozeß

H. F. Lübeck, 14. Dezember.

Am vorigen Sonntag hat sich der junge Anwalt Dr. Ließner, der Mitarbeiter Prof. Alsbergs und Verteidiger Prof. Deykes im Lübecker Impfprozeß, in Berlin erschossen. Der Vorsitzende begann die Dienstagverhandlung mit einer kurzen Ehrung des Toten.

Und dann die Herren Sachverständigen, die zum Teil schon lange darauf gewartet haben, einmal so recht lange nach Herzenslust zu reden. Sie haben geredet, sie werden in dieser Woche noch weiter reden. Das vorläufige Ergebnis — Prof. Ludwig Lange erstattete sein Gutachten nach dem Leitsatz: eine Krähe hackt der andern kein Auge aus. Er hielt manches in Lübeck nicht für ganz einwandfrei, aber die Angeklagten handelten nicht fahrlässig...

Doch die übrigen Professoren wurden meist etwas deutlicher. Prof. Kollé sieht in der Einführung des Verfahrens keine direkte Fahrlässigkeit (ähnlich äußern sich die andern Sachverständigen auch), aber Dr. Altstädt hätte genauere Erkundigungen bei

Fachleuten wie auch genauere Tierversuche der Einführung des Verfahrens vorangehen lassen müssen. — Ähnlich Prof. Hahn; auch M u c h nannte die Einführung „unglaublich“ und spricht von der fixen Idee, von der man in Lübeck besessen war. Prof. U h l e n h u t setzt sich besonders für die Unterstützung aller Calmette-Kinder ein, weil auch später noch Erkrankungen der jetzt noch gesunden Kinder eintreten können.

Prof. Abel traf etwas sehr Richtiges, wenn er von dem ärztlichen Ehrgeiz sprach, der sicher in Lübeck mitspielte. Man wollte, daß

Lübeck in Deutschland vorangehe!

Die wichtigsten Sachverständigen Gutachten wurden am Freitag gegeben. Dr. Schmincke, der Stadtkarzer von Neukölln, betrachtet die Vorgänge als Verwaltungsmedizin. Er zeigte, wie unorganisch in Lübeck das Gesundheitswesen aufgebaut ist. Besonders Dr. Altstädt wurde schwer angegriffen wegen seiner nachlässigen Verhaltensweise nach dem Bekanntwerden der Katastrophe. Auch Prof. Deyke handelte falsch, weil er das Verfahren nicht genügend prüfte, bevor er es einführte, und vor allem, weil er den Impfstoff anders bereitete als Calmette angegeben hatte.

Die wissenschaftlichen Vorwürfe wurden dann erweitert durch Prof. Bruno Lange vom Robert-Koch-Institut, der eine Autorität auf dem Gebiete der Bakteriologie ist. Dr. Altstädt hätte sich vor Beginn der Schutzimpfungen noch einmal mit dem Reichsgesundheitsamt in Verbindung setzen müssen. Die Schwester Anna Schütze war für die Arbeiten, die ihr übertragen wurden, bakteriologisch nicht genügend ausgebildet. Vor allem aber — und diese Vorwürfe kamen auch am Sonnabend immer wieder — hätte der Impfstoff nicht im Lübecker Laboratorium hergestellt werden dürfen. Man kann nicht von Sicherheitsmaßnahmen sprechen, wo

Calmette-Impfstoff mit menschlichen Tuberkelbazillen in einem Brutschrank aufbewahrt wurde.

Dies waren nicht die einzigen Belastungen, vielleicht aber die stärksten. Es wird den Angeklagten nicht möglich sein, sie zu entkräften.

Und wieder ein Raubmord

Einem schweren Verbrechen ist man in Hemmerde (Westfalen) auf die Spur gekommen. In dem Wäldchen in der Nähe des dortigen Bahnhofs wurde die Leiche des Händlers Loehne aus Hovestedt an einem Baum hängend gefunden. Die späteren Feststellungen ergaben das Vorliegen eines offenkundigen Raubmordes. Die Polizei vermutet, daß der Händler zunächst ermordet und beraubt und dann an den Baum gehängt worden ist, damit ein Selbstmord vorgetäuscht werden sollte.

Die grauenhafte Häufung der Raubmordfälle kennzeichnet das Verbrechen des Kapitalismus, der immer mehr Menschen auf die schiefe Bahn der Kriminalität treibt.

Rastelli gestorben



Enrico Rastelli, der weltberühmte italienische Artist, dessen Jongleurkünste bei allen europäischen und amerikanischen Varietébühnen einen Hauptplatz darstellten, ist plötzlich im Alter von 35 Jahren an Gehirnblutung verstorben.

Eckert zieht die Konsequenzen

Austritt aus der Kirche

Pfarrer Eckert macht in einem an die kommunistische „Arbeiterzeitung“ gerichteten Schreiben, das sich mit seiner Maßregelung durch das kirchliche Dienstgericht wegen seines Eintrittes in die Kommunistische Partei auseinandersetzt, die Mitteilung, daß er seinen Austritt aus der evangelischen Kirche erklärt habe, was zugleich seinen Abschied vom Bund religiöser Sozialisten bedeute.

Nur Liebeskummer?

Wieder ein Selbstmord bei der Reichswehr

Demmin, 14. Dezember.

Der 31 Jahre alte Unteroffizier Wiemer hat sich erschossen. Er wurde in den Sandbergtannen in der Nähe des Wasserturmes mit durchschossener Schläfe aufgefunden. Die Selbstmorde bei der Reichswehr häufen sich ständig. Was hat diesen Soldaten in den Tod getrieben? Wirklich nur „Liebeskummer“, wie die Feststellungen ergeben haben sollen? Es werden auch wohl noch andere Gründe mitgesprochen haben. Die restlose Aufklärung wird es wohl noch zeigen.

Ein Erdbeben

Drei Arbeiter getötet

Paris, 14. Dezember.

In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Lille ereignete sich in der vergangenen Nacht ein Erdbeben, der fünf Arbeiter verschüttete. Trotz sofortiger Hilfe gelang es, nur zwei von ihnen zu retten. Die drei anderen, zwei Polen und ein Italiener, konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Die Geduldsprobe der spanischen Erwerbslosen

Vor dem Gebäude der Generaldirektion der spanischen Lotterie in Madrid haben sich jetzt die ersten Personen angestellt, die bei der Ziehung am 22. Dezember anwesend sein wollen. Es handelt sich in der Hauptsache um Arbeitslose, die 14 Tage einschließlich der Nächte im Freien kampieren werden, in der Hoffnung, in letzter Stunde ihren schwerbehaupteten Platz gegen gute Bezahlung abtreten zu können.

25 Grad Frost am Kaspischen Meer

Moskau, 13. Dezember

Am Kaspischen Meer herrscht starker Frost, der bereits 25 Grad überstieg. Die Lage der Schifffahrt auf dem Kaspischen Meer ist stark bedroht. Sechs große Fischereidampfer und neun Fischer werden vermißt. Außerdem wurden fünf Dampfer mit 80 Mann Besatzung ins Meer abgetrieben. Ein großer Fischerdampfer mit 110 Arbeitern wird gleichfalls vermißt. Die Regierung hat ein Fluggeschwader entsandt, um die Schiffe mit Lebensmitteln zu versorgen. Man befürchtet, daß durch die Katastrophe etwa 60 bis 80 Fischer ertrinken. Bis jetzt wurde festgestellt, daß ein kleiner Dampfer mit elf Mann Besatzung gesunken ist.

Wirbelstürme in Amerika

New York, 14. Dezember

Verheerende Wirbelstürme haben in Süd-Arkansas sehr großen Schaden angerichtet. Bisher sind dabei fünf Personen getötet und 50 weitere verletzt worden. Die Ortschaft Waldo ist so gut wie zerstört, die Stadt Bluffcity schwer beschädigt worden.

„Bitte um milde Gaben“



„Winterhilfe“-Schwindel auch in USA

In allen Ländern versucht die kapitalistische Klasse, durch die Bettelpfennige einer „Winterhilfe“ das Proletariat vom Kampf gegen das verbrecherische Wirtschaftssystem abzuhalten. Das Bild zeigt eine Werbeveranstaltung für die Arbeitslosenhilfe auf dem Washington Square in New-York. Eine Werbetrömel zeigt den Stand der Sammlung. Durch Lautsprecher werden Ansprachen gehalten. Nachts ist die Trommel erleuchtet. — Aber alle diese Bluff-Mätzchen werden die heraufziehende soziale Revolution nicht aufhalten!

Für die Kursänderung in den Gewerkschaften

Wir haben in dem Artikel „Gewerkschaften müssen kämpfen“ in der „SAZ“ vom 26. November die grundlegende Aenderung der gewerkschaftlichen Kampfbedingungen von einst und jetzt aufgezeigt und daran die Notwendigkeit des Kurswechsels in der Gewerkschaftspolitik bewiesen. So wichtig dieses Erkenntnis ist, sie allein genügt aber nicht. Das Entscheidende ist vielmehr die Durchsetzung der als notwendig erkannten Kursänderung in den Gewerkschaften. Die SAP als Ganzes und ihre freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder im besonderen haben hier eine große und zugleich sehr schwierige und komplizierte Aufgabe vor sich.

Die Politik und Taktik der Gewerkschaften ist selbstverständlich nicht losgelöst von den politischen und parteimäßigen Verhältnissen der Arbeiterbewegung zu behandeln. Beides ist eng miteinander verflochten. Das zeigt schon die Tatsache, daß heute die Führung der Gewerkschaften nicht nur personell in den Händen prominenter SPD-Führer liegt, sondern, daß sie auch ganz im Sinne der SPD-Politik, und zwar des Parteivorstandes, ausgeübt wird. Das gegenwärtige Ausweichen der Gewerkschaften vor jedem ernsthaften Kampf gegen den Lohnabbau, ihre bedingungslose Anerkennung der Schlichterentscheidungen usw. ist nichts anderes als die Ergänzung der Tolerierungspolitik auf wirtschaftlich-gewerkschaftlichem Gebiet. Der Kampf für die Kursänderung in den Gewerkschaften ist deshalb gleichzeitig ein Kampf gegen die Politik des SPD-Parteivorstandes.

Daraus darf aber keineswegs geschlossen werden, daß gegen die Gewerkschaften oder ihre Führung mit denselben Mitteln vorgegangen werden müßte wie gegen die SPD und ihre Führung. Es wäre auch falsch, aus der engen Verbindung von SPD- und ADGB-Vorstand zu schließen, daß es genüge, die SPD-Parteivorstandspolitik politisch und durch Propaganda in der SPD zu bekämpfen, um auf diese Weise eine Kursänderung auch des ADGB zu erreichen. Es besteht ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft. Eine Partei kann im wesentlichen nur Gleichgesinnte umfassen, eine Gewerkschaft dagegen hat nur Erfolge, wenn sie ohne Rücksicht auf das Parteibuch möglichst alle Arbeiter erfaßt, die gewillt sind, das Arbeiterinteresse gegen das Unternehmertum zu verteidigen.

Daraus folgt, daß die SAP zwar zum Austritt aus der SPD und zum Eintritt in die SAP auffordern, gegenüber den Gewerkschaften aber den Standpunkt vertreten muß: Alle Arbeiter hinein in die Gewerkschaften, um sie zu stärken und für die Kursänderung und Anwendung einer revolutionären Tätigkeit zu arbeiten. Die Kursänderung der Gewerkschaften kann nur vom Boden der Gewerkschaften selbst erfolgen.

Dieser Gedanke ist keineswegs neu. Er wurde früher schon von der USPD, wenn auch unklar und inkonsequent, und später von der KPD vertreten. Die USPD hat schon lange vor der Wiedervereinigung mit der SPD ihre Oppositionsarbeit in den Gewerkschaften eingestellt. Die KPD hat durch ihren häufigen Kurswechsel gerade in der Gewerkschaftsfrage und besonders durch ihren heutigen Kurs auf Zerschlagung der Gewerkschaften die notwendige Revolutionierung der Gewerkschaften mehr gehindert als gefördert und darum auch auf diesem Gebiet Schiffbruch erlitten. Die KPD-Opposition und einige andere kommunistische Oppositionsgruppen haben zwar versucht, die Taktik der „Eroberung der Gewerkschaften“ fortzusetzen, aber infolge ihrer zahlenmäßigen Schwäche dabei außer einigen örtlichen Erfolgen wenig erreicht. So steht heute die SAP dieser Aufgabe fast allein gegenüber, und sie muß so gut wie von vorn beginnen, weil das von der USPD und KPD früher Geleistete von diesen selbst fast ganz wieder vernichtet worden ist.

Wir müssen uns im Klaren darüber sein, daß die Mehrzahl unserer Mitglieder, solange sie noch in der SPD waren, der Gewerkschaftsfrage keineswegs die ihr zukommende Bedeutung zugemessen haben. Wohl waren alle mit der ADGB-Politik unzufrieden. Aber einerseits wollte man den Konflikt mit der Parteiführung nicht auch noch auf gewerkschaftlichem Gebiet verschärfen. Andererseits erschwerten die häufig unsinnigen Parolen der KPD eine wirkliche Oppositionsbildung so sehr, daß selbst die in Wahrheit oppositionell eingestellten SPD-Gewerkschaftsmitglieder in der Praxis meist — wenn auch oft widerwillig — mit den „Amsterdamer“ gegen die „Moskauer“ gingen. Aus allen diesen Gründen ist der Schatz an theoretischen Kenntnissen und praktischen Erfahrungen im Kampf für die Durchsetzung einer marxistischen Klassenkampfpolitik in den Gewerkschaften in unseren Reihen bisher nur sehr gering. Wir müssen auf diesem Gebiet viel nachholen und an uns selbst arbeiten.

Dabei ist das erste, daß wir aus der Vergangenheit, besonders aus den Fehlern der USPD und KPD sowie auch der oppositionellen SPD-Gewerkschafter lernen und die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Der oppositionelle Kampf der USPD mündete in dem Augenblick im reinen Reformismus, als sie sich gegenüber der sehr unglücklichen und für die deutsche Arbeiterbewegung nur schädlichen

Parole „Moskau“ bedingungslos hinter „Amsterdam“ stellte. In diese falsche Fragestellung dürfen wir uns nicht drängen lassen. Die wirkliche Fragestellung ist nicht „Moskau“ oder „Amsterdam“, sie lautet vielmehr: „Reformistische oder revolutionäre Gewerkschaftspolitik“. Wir müssen uns von vornherein auf den Standpunkt stellen, daß wir bereit sind, mit jedem Gewerkschaftskollegen zusammenzuarbeiten, der gewillt ist, gegen die reformistische Arbeitsgemeinschaftspolitik und für eine revolutionäre Gewerkschaftstaktik zu kämpfen, ganz gleich, ob und welcher Partei der Betreffende angehört.

Aus den Fehlern und dem gewerkschaftlichen Flasko der KPD müssen wir erkennen, daß man gerade in der Gewerkschaftsfrage jedes Hin- und Herschwanken vermeiden und einen festen Kurs steuern muß. Das ist eine Vorbedingung, wenn man das Vertrauen der Massen in Gewerkschaft und Betrieb erwerben und behalten will. Die Fehler der KPD zeigen weiter, daß eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht auf Grund von Parolen, Resolutionen und Anträgen, die außerhalb des gewerkschaftlichen Bodens ersonnen und ausgeföhrt sind, geführt werden kann. Wir müssen bei unserer Gewerkschaftsarbeit stets davon ausgehen: Was nützt den Gewerkschaften, und was stärkt sie; wie steigern wir die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegenüber dem Unternehmertum; was entspricht dem jeweiligen Interesse der Gewerkschaftsmitglieder, und wie gewinnen wir die Masse für unsere Bestrebungen? Unser Auftreten in den Gewerkschaften muß so sein, daß zu keiner Zeit und bei keiner Gelegenheit der Eindruck entstehen kann, wir würden unser Parteiinteresse über das der Gewerkschaft oder der Arbeiterschaft stellen. Jeder Kollege, auch wenn er politisch unser Gegner ist, muß vielmehr überzeugt werden, daß wir nur das

Der Preisbeobachtungskommissar

Aus der von uns bereits kurz gemeldeten Rede des Preiskommissars Goerdeler vor der Pressevertretern tragen wir noch nach:

„Wenn wir Preise durch bloßen Befehl senken könnten, ohne die Ware vom Markt zu vertreiben, so wäre die Sache außerordentlich einfach“, erklärte er im Laufe seiner Ausführungen. „Als Wunderdoktor empfangen zu werden, lehne ich mit aller Entschiedenheit ab.“

Er werde darüber wachen, daß die Preise, wie sie beim Verbraucher ausmünden, gerecht sind. Sie sollten nicht mehr, aber auch nicht weniger betragen, als wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Dr. Goerdeler fuhr fort:

„Der richtige Preis bildet sich in einer gesunden Wirtschaft von selbst. Wir wollen nicht den Preis freier Bildungsmöglichkeit entziehen. An eine Rückkehr zur Kriegswirtschaft ist nicht gedacht, auch an keine Zwangswirtschaft.“

Eine bedauerliche Preisbelastung für manche Produkte liegt in der Erhöhung der Umsatzsteuer.

Ein verborgenes Veilchen

Aufschlebung der sozialen Wahlen

Keine Neuwahlen der Betriebsräte und Sozialversicherungskörperschaften?

Die Notverordnung vom 8. Dezember ermächtigt die Reichsregierung, „die Amtsdauer derjenigen Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, des Reichsversicherungsordnungsgesetzes, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes oder des Schwerbeschädigtengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden

Beste für den Verband und für die ganze Arbeiterklasse wollen.

Jede persönliche, gehässige Kampfesweise muß ausgeschaltet werden. Es darf nicht alles, was von der Gegenseite kommt, nur weil es von der „anderen Fraktion“ stammt, unesehen verworfen und heruntergerissen werden. Daß die Fraktionsarbeit auch sachlich und fruchtbar sein kann, zeigen Beispiele aus der Vergangenheit, wo auf Gewerkschaftskongressen, Verbandstagen und örtlichen Gewerkschafts-Veranstaltungen verschiedene Fraktionen offiziell anerkannt wurden und bei aller prinzipiellen Gegnerschaft doch eine sachliche und kollegiale Diskussion und Zusammenarbeit im Interesse der Gewerkschaft zu verzeichnen war. Es muß unser Bestreben sein, diese Art der Austragung von Gegensätzen wieder zur Norm zu machen.

Wir müssen uns weiter die Aufgabe stellen, viel weniger eine enge parteipolitische Fraktionsarbeit zu machen als vielmehr alle oppositionellen Kräfte in den Gewerkschaften ohne Rücksicht auf das Parteibuch zu sammeln und zum gemeinsamen Vorgehen im Interesse des erfolgreichen Kampfes für die ganze Klasse zu veranlassen. Das ist nicht nur die beste Methode zur Ausmerzung der bisherigen üblen Auswüchse der Fraktionsarbeit, es wird auch der Schaffung einer wirklich breiten Front der Mitgliedermassen für die längst notwendige Aenderung des Gewerkschaftskurses in der Richtung des revolutionären Kampfes dienlich sein.

Die Bedingungen hierfür sind heute sehr günstig. Die große Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ist mit der passiven Taktik des Ausweichens vor dem Kampf, der widerstandslosen Hinnahme des Lohnabbaus längst unzufrieden. Wenn trotzdem die Gewerkschaftsführung ihre falsche Politik nahezu ungehindert fortsetzen konnte, so verdankt sie das gerade den Fehlern der KPD und RGO und den, in ihren Reihen jede Opposition unterdrückenden SPD-Fraktionen. Hier hat ein klares und vernünftiges Wirken unsererseits daher alle Aussicht, große Massen von parteilosen wie von SPD- und KPD-Arbeitern um unsere Fahne zu sammeln und so eine Kursänderung in den Gewerkschaften zu erzwingen.

Besonders ungünstig wirkt sie sich für einen Teil der Gas- und Elektrizitätswerke aus. Sie müssen heute, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, den Finanzbedarf der meisten Gemeinden decken. Die Gemeinden können auf diese Finanzquelle ohne Ersatz nicht verzichten.

Wir können nur versuchen, durch starke organische Aenderung besonders bei der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge sie auf eine stabilere Grundlage zu stellen.“

Im übrigen wußte Goerdeler nur Allgemeinheiten über „gerechte“ Preise und Kunden, die darauf halten sollen, zu sagen. Man könnte meinen, daß er bei den Kirchenvätern Wirtschaftslehre studiert hätte. Jedenfalls zeichnen sich die Linien des „Preisabbaus“ bereits deutlich ab: es wird nichts geschehen, was nicht auch so ohne Goerdeler und seine 2 Steuerepistatinnen geschehen wäre. Er senkt nicht die Preise, sondern beobachtet sie. Aber das tun die Arbeiter und Erwerbslosen, die kein Geld haben, schon lange.

Ein verborgenes Veilchen

Aufschlebung der sozialen Wahlen

Keine Neuwahlen der Betriebsräte und Sozialversicherungskörperschaften?

Die Notverordnung vom 8. Dezember ermächtigt die Reichsregierung, „die Amtsdauer derjenigen Personen, die nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes, des Reichsversicherungsordnungsgesetzes, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes oder des Schwerbeschädigtengesetzes in ein Ehrenamt gewählt sind und deren Amtsdauer spätestens mit dem Ende des Kalenderjahres 1932 durch Ablauf der Wahlzeit enden

würde, um einen Zeitraum bis zu einem Jahre zu verlängern.“

Es ist zu vermuten, daß die Reichsregierung sich nicht nur vorsorglich diese „Ermächtigung“ gegeben hat, sondern daß sie beabsichtigt, davon tatsächlich Gebrauch zu machen. Das würde bedeuten, daß die Betriebsräte- und Wahlen in der Sozialversicherung, die zweifellos nicht unbedeutende Verschiebungen in der Zusammensetzung der Körperschaften ergeben würden, nicht stattfinden würden und damit auch hier die „Demokratie“ suspendiert würde.

Protest gegen Notverordnung

Aber Protestschreiben genügt nicht

Essen, 14. Dezember.

In einem gemeinsamen Schreiben an den Reichskanzler wenden sich die vier Bergarbeiterverbände gegen die die Bergarbeiterschaft betreffenden Bestimmungen der Notverordnung. In dem Schreiben heißt es unter anderem: Die Ausnahmebehandlung, die die Bergarbeiter in der neuen Notverordnung dadurch erfahren, daß ihre Löhne verhältnismäßig stärker gesenkt werden als in den anderen Berufen, muß als Härte bezeichnet werden. Der wiederholte Lohnabbau im Bergbau hat die Tariflöhne in den wichtigsten Revieren bereits so weit herabgedrückt, wie das die Notverordnung als allgemeines Ziel der amtlichen Lohnpolitik vorschreibt. Daß wegen des überaus scharf gedrosselten Beschäftigungsgrades das tatsächliche Bergarbeiter-einkommen noch viel tiefer liegt, kommt erschwerend hinzu. Dagegen hat die Schichtleistung der Bergarbeiter sich fortgesetzt stark erhöht, so daß seit Anfang 1930 im Ruhrrevier eine Lohnsenkung um zwei Mark je Tonne eingetreten ist. Schon diese Tatsache würde die durchaus notwendige Kohlenpreis-

senkung ermöglichen, ohne nochmals den unter ungeheuren Opfern an Gesundheit und Lebenskraft schaffenden Bergarbeitern weitere Entbehrungen aufzuerlegen. Gegen eine solche Ausnahmebehandlung legen wir die schärfste Verwahrung ein und fordern die Ablehnung dieses für die Bergarbeiter wie für den Bergbau gleichermaßen verhängnisvollen Unrechts.

Der Vulkan

1,5 Millionen Wohlfahrtserwerbslose

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen ist, wie der Deutsche Städtetag mitteilt, im November weiter stark gestiegen. Allein in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern betrug der Zuwachs 62 000, das ist 6,5 v. H. des Standes am Ende des Vormonats. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände ist demnach der Zuwachs auf mehr als 90 000 zu beziffern, so daß die Gesamtzahl der Wohlfahrtserwerbslosen am 30. November 1931 rund 1,5 Millionen beträgt.

Verbilligtes Fleisch für Erwerbslose

Der Reichszuschuß reicht nicht! Kein Ersatz für versprochene Preissenkung

Die Erwerbslosen sollen ab 15. Dezember Bezugsrecht für verbilligtes Fleisch erhalten. Das Reich hat zu diesem Zweck den Betrag von 15 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der den Erwerbslosen in der Form von unübertragbaren Gutscheinen zuzuführen soll. Die Gutscheine muß jeder Fleischverkäufer in Zahlung nehmen. Sie gelten für je eine Woche und berechtigen den Erwerbslosen zum Abzuge von 30 Pfennigen pro Pfund gekauften Fleisch; maßgeblich ist der jeweilige Tagespreis. Die Gutscheine haben Wochenabschnitte, die der Fleischverkäufer abtrennt und am Schlusse eines jeden Monats an die vom Fürsorgeverband bekanntzugebenden Kassenstelle einzureichen hat, die den Teilabschnitt bezahlt und als Rechnungsbelege aufbewahrt.

Jeder Erwerbslose erhält einen Gutschein, der zehn Wochenabschnitte hat. Als Erwerbslose der Fleischverbilligungsaktion kommen

- Hauptunterstützte der Arbeitslosenversicherung
- Hauptunterstützte der Krisenfürsorge
- Hauptunterstützte der Wohlfahrtsfürsorge
- Hauptunterstützte der Gehobenenfürsorge
- Hauptunterstützte der allgemeinen Fürsorge

soweit sie Zuschlagsempfänger (Angehörige usw.) aufweisen oder einen eigenen Hausstand haben, in Frage.

Man rechnet damit, daß 5—6 Millionen Personen von dieser Fleischverbilligung Gebrauch machen werden, so daß es sehr zweifelhaft ist, ob die Reichsregierung mit den zur Verfügung gestellten 15 Millionen Mark auskommen wird. Da aber schon die Gutscheine auf 10 Wochen lauten, muß sie mit der Notwendigkeit einer Erhöhung dieses Betrages rechnen.

Der ganze Betrag ist zu geringfügig und steht in keinem Verhältnis zu den Einkommenverlusten, die die breiten Massen durch Lohnkürzung und Rentenabzug, durch Einkommensausfälle sonstiger Art erleiden. Diese Fleischverbilligung ist vor allem gar kein Ersatz für die angekündigte allgemeine Preissenkung; sie läuft praktisch auf eine Subventionierung der Fleischverkäufer aus allgemeinen Steuermitteln hinaus.

Lohniktatur

Die Lohnverhandlungen in der Metallindustrie ergebnislos abgebrochen.

Wie bereits bekannt, läuft das Lohnabkommen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Vertretern des Metallkartells auf Grund des Schiedsspruches vom 9. November am Ende dieses Monats ab. Da bei den neuen Verhandlungen zwischen den beiden Parteien in der Frage der Auslegung der Notverordnung, insbesondere in der Frage ihrer Anwendung auf diejenigen Arbeiter der Metallindustrie, für die am Stichtag, nämlich am 10. Januar 1927, eine tarifvertragliche Lohnregelung nicht bestand, erhebliche Meinungsverschiedenheiten auftraten, war der Schlichter zwecks Einleitung des vorgeschriebenen Verfahrens angerufen worden. Diese Verhandlung, die gestern den ganzen Vormittag hindurch vor dem Schlichterausschuß stattfand, wurde gegen mittag ergebnislos abgebrochen. Der Schlichter wird nun ohne die Mitwirkung der Parteien nach den gesetzlichen Bestimmungen der Notverordnung die Lohn- und Gehaltsätze in der Berliner Metallindustrie festsetzen.

Hausbesitzer gegen Folgen der Notverordnung

Zwangswirtschaft im Kapitalismus — das ist das Chaos

Berlin, 14. Dezember

Im Reichsarbeits- und Reichsjustizministerium beschäftigt man sich zurzeit mit der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen über Kündigungsrecht und Mietsenkung. Die Ausführungsbestimmungen werden jedenfalls vor Mittwoch nicht veröffentlicht werden. Inzwischen haben die Vertreter der Hausbesitzerorganisationen wiederholt Besprechungen mit den zuständigen Stellen gehabt und darauf hingewiesen, daß es bei der Kürze der Zeit notwendig sei, schnellstens Klarheit zu schaffen. Vor allen Dingen erscheint es nach Auffassung der Hausbesitzer dringend notwendig, die Kündigungsmöglichkeiten an genaue Bedingungen zu binden. Beispielsweise soll eine große Firma ihre gesamten 60 Filialgeschäfte in Berlin gekündigt haben. Andere Ladenbesitzer kündigen ihre langfristigen Verträge zum April, weil sie einen günstiger gelegenen Laden mieten wollen, obgleich der Mietpreis höher ist. Inhaber großer Wohnungen benutzen das außerordentliche Kündigungsrecht, um billig käufliche Eigenhäuser zu beziehen. Die Hausbesitzer verlangen, daß das Kündigungsrecht solchen „Notverordnungsgegnern“ nicht zugesprochen wird.

Hessischer Landtag

Staatspräsidentenwahl vertagt — Kuhhandel zwischen Nazis und Zentrum geht weiter — Die Arbeiter„freundlichkeit“ der Nazis gründlich entlarvt

Darmstadt, 12. Dezember
(Eigener Bericht der SAZ.)

Gestern fand unter ungeheurer starkem Andrang auf den Tribünen die zweite Sitzung des neugewählten hessischen Landtags statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Neuwahl des Staatspräsidenten. Die Nazis haben ein Sofortprogramm dem Zentrum überreicht und erklärt, daß sie nur bei restloser Annahme dieses Programms bereit seien, die Regierungsbildung zu übernehmen. Ein Verhandeln über dieses Sofortprogramm sollte es nicht geben. Das Zentrum hatte nicht prinzipiell die Regierungsbildung gemeinsam mit den Nazis abgelehnt, jedoch gegen verschiedene Forderungen der Nazis Bedenken geltend gemacht. Trotzdem wurde die Wahl des Staatspräsidenten von der Tagesordnung abgesetzt. Daraus ergibt sich, daß nunmehr doch noch hinter den Kulissen zwischen Nazis und Zentrum weiter gekuhandelt wird. Gegen Überlassung des Kultusministeriums wird das hessische Zentrum sich schon bereit finden, eine Naziherrschaft in Hessen zu tolerieren. Die Entscheidung soll in der nächsten Landtagssitzung, die voraussichtlich im Januar stattfindet, fallen.

Eine ausgiebige Debatte riefen die Anträge auf Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen hervor. Den ersten Antrag hatte der Abg. Galm von der kommunistischen Opposition gestellt. Ein weitergehender Antrag stammte von der KPD. In der ersten Landtagssitzung brachten auch die Nazis einen sehr weitgehenden Antrag ein. Die SPD folgte als letzte Fraktion mit einem Antrag. Wir haben hier schon das eigenartige Verhalten der Nazis in der ersten Landtagssitzung gekennzeichnet. Zunächst traten sie für sofortige Beratung und Verabschiedung der Anträge im Plenum ein. Später fielen sie um und stimmten für die Ausschussberatung. Im Ausschuss wurde ihr Antrag mit ihren eigenen Stimmen, bei Stimmenthaltung aller übrigen Parteien, angenommen. Bei der Beratung im Plenum erklärte die Regierung, daß die Deckungsvorschläge der Nazis den reichsgesetzlichen Vorschriften widersprechen. Von der Anforderung der Mittel für die Weihnachtsbeihilfe von der Reichsregierung verspreche sich die Regierung nichts. In der Debatte entlarvten insbesondere die Abg. Galm (KPD.) und Ohlhof (SAP.) die Demagogie der Nazis. „Der letztere Redner wies darauf hin, daß der Nazi-Antrag zunächst als einzigen Vorschlag zur Deckung lediglich die Anforderung von Mitteln von der Reichsregierung enthalten hat. Daraus war am deutlichsten zu erkennen, daß es den Nazis gar nicht im Ernst darum zu tun war, den Erwerbslosen wirklich Hilfe zu bringen. Mit dem Antrag sollte nur den Erwerbslosen Sand in die Augen gestreut werden. Nachträglich scheinen der Naziführung selbst das Bedenken gekommen zu sein, daß die Demagogie von den Erwerbslosen zu leicht durchschaut werden könnte. Deshalb ist im letzten Moment mit Tinte der Deckungsvorschlag in den Nazi-Antrag hineingeschmuggelt worden, der in dem Antrag Galm enthalten war. Um aber die Demagogie der Nazis vollends offenbar werden zu lassen, stellten die Kommunisten zu dem Nazi-Antrag den Zusatzantrag, daß die Weihnachtsbeihilfe nach den Sätzen des Nazi-Antrages am 1. Januar auch dann ausbezahlt werden sollte, wenn die Verhandlungen mit der Reichsregierung noch nicht abgeschlossen sein sollten. Der Nazi-Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Parteien angenommen, denen ihre „Staatsverantwortung“ immer dann zum Bewußtsein kommt, wenn es sich um Leistungen an die Ärmsten der Armen handelt — Zentrum, SPD., usw. Der Zusatzantrag der Kommunisten wurde abgelehnt, weil die Nazis geschlossen gegen ihn stimmten. Durch die Brüningschen und Leuschner'schen Notverordnungen sind wir leider daran gehindert, die Demagogie der Nazis in dieser Frage vor den Massen der Erwerbslosen so zu enthüllen, wie es unbedingt notwendig wäre. Wenn die Erwerbslosen zu Weihnachten weder vom Staat, noch von der Kommune irgendeine Weihnachtsbeihilfe bekommen, so bestätigt das die „Arbeiterfreundlichkeit“ aller bürgerlichen Parteien, einschließlich der SPD, es zeigt aber auch, wie sich die Klassengegensätze in der Krise zuspitzen. Die Arbeiterschaft kann ihre nackte Existenz nur sichern, wenn sie sich zum rücksichtslosen Kampf gegen das zusammenbrechende kapitalistische System, und nicht zu seiner Duldung, zusammenschließt in den revolutionären proletarischen Parteien.

Als letzter Punkt standen Mißtrauensanträge gegen die Regierung auf der Tagesordnung. Sie besteht aus dem Sozialdemokraten Acelung als Staatspräsidenten, dem Sozialdemokraten Leuschner als Innenminister und dem Zentrumsmann Dr. Kirnberger als Finanz- und Justizminister. Die Regierung besorgt ihre Geschäfte — nachdem sie in der ersten Landtagssitzung bereits ihre Ämter zur Verfügung gestellt hat — lediglich als geschäftsführendes Ministerium. Wenn die Nazis trotzdem auf der Beratung ihrer Mißtrauensanträge bestanden, so dann, um insbesondere gegen den Innenminister wegen seines Verhaltens in der Bocheimer Affäre Stellung zu nehmen. Sie beantragten gegen ihn die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Dem Antrag mußte, da er von mehr als 15 Abgeordneten gestellt war, entsprochen werden. Als Untersuchungsausschuss wurde der gesetzgebende Ausschuss bestimmt. Während

der Debatte kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Nazirednern und den Regierungsvertretern. Der Nazi-Präsident ließ so ziemlich alles durchgehen. An seiner „Objektivität“ hätten sich in der Vergangenheit so mancher sozialdemokratische Präsidenten parlamentarischer Körperschaften ein Beispiel nehmen können. Die Mißtrauensanträge der Nazis und der Kommunisten fanden schließlich mit den Stimmen der Rechten und der Linken gegen die Stimmen der SPD,

Frankfurt a. M.

Im Sozialpolitischen Ausschuss wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den Wohlfahrtsempfängern, die in den städtischen Notwohnungen kampieren, nur soweit Mietabzüge in Anrechnung zu bringen, daß deren Lebenshaltung in hinreichender Weise gesichert ist. (!) Auf keinem Fall sollen die Abzüge mehr als 4,5 Prozent (!) des Richtsatzes betragen.

Um die Standgebühren in der Großmarkthalle. Schon lange führen die Händler der Großmarkthalle einen erbitterten Kampf um die Herabsetzung der Standgebühren. Sie haben sich jetzt zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Der erste Beschluß der Notgemeinschaft fordert die Mitglieder auf, nicht mehr als 50 Prozent der Standgebühren zu bezahlen und sich hierbei durch keine Maßnahme des Magistrats betreiben zu lassen. Die Marktdirektion wiederum erklärt in einem Anschlag, sie würde die vollen Standgebühren bis zum 8. jeden Monats eintreiben. Wer die Standgebühren nicht entrichte, würde an die Luft gesetzt. — Ja, ja, Frankfurt a. M. mußte eine Riesenmarkthalle haben!

Frau Dr. Kienle spricht über Paragraph 218. Der Reichsbund der Kriegesbeschädigten hatte seine Mitglieder zu einem Vortrag von Frau Dr. Kienle zusammengerufen. Die Mitgliederschaft war diesem Ruf recht zahlreich gefolgt. Frau Dr. Kienle führte sinngemäß aus: Der Paragraph 218 besagt, daß unter „normalen Verhältnissen“ jede Frau mit Gefängnis bestraft wird, die die Frucht im Mutterleib tötet oder töten läßt. Strafbar ist nicht nur die stattgefundene Unterbrechung, sondern auch der Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekt. Der Gesetzgeber läßt Unterbrechungen der Schwangerschaft nur zu, wenn „hinreichend“ medizinische Gründe dafür sprechen. (Lungenkrankheit, Nierenerkrankung usw.). Es gibt keine gerechte Anwendung des Paragraphen 218, wenn nicht auch die sozialen Verhältnisse genügend berücksichtigt werden. Wir haben in Deutschland mehr als 5 Millionen Arbeitslose. Sollen diese Armen Kinder aufziehen, die sie nicht ernähren können? Es gibt in Deutschland jährlich 1 1/2 Millionen Abtreibungen. Nimmt man an, daß jeweils eine Person der Schwangeren hilft, so wären das 3 Millionen Verbrecher „gegen das keimende Leben“. Der Paragraph 218 ist ein Ausnahmegesetz, das sich gegen die Frauen des arbeitenden Volkes richtet. Die begüterte Frau findet noch immer einen Arzt, der ihr hilft. Die proletarische Frau wird mit leeren Verbrüstungen vom Arzt weggeschickt. Sie läuft dann zum Kurpfuscher, oder sie „hilft“ sich selbst. Die Folge davon ist, daß in Deutschland jährlich 25 000 bis 30 000 Todesfälle infolge Abtreibung zu verzeichnen sind. Oft genug führt der Weg der schwangeren Frau auch von der Sprechstunde des Arztes zum Gashahn oder ins Wasser. Wir wünschen auch, daß keine Abtreibungen vorgenommen würden, aber so lange ein derartiges großes Elend herrscht wie heute, müssen wir im Interesse der Mutter und auch der künftigen Generation die Beseitigung des Paragraphen 218 verlangen. Kinder sollen mit Freuden empfangen werden und ein gern gesehener Gast am Tische des Lebens sein.

Sie wollen keinen Preisabbau. Nämlich die Besitzer der Bergwerke und ihre Trabanten, die Kohlenhändler. Das zeigte mit aller Deutlichkeit ein Vortrag des Diplom-Ingenieurs Hiller über Kohlenhalden, der in der Handelskammer gehalten wurde. Der Herr Diplom-Ingenieur hatte im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Kohlenhändler die rheinisch-westfälischen Kohlengebiete bereist. Das genügt, um zu wissen, wo Barthel den Most holt. Zunächst schilderte er Nutzen und Bedeutung reicher Kohlenbesitzer für unsere Urrenkel bis ins fünfte und sechste Glied. Es sei für Deutschland ein großer Vorteil, zu den kohlebesitzenden Nationen zu gehören. Der Export sei für den deutschen Bergbau lebenswichtig, doch Export ohne entsprechende Erhöhung der Inlandpreise undenkbar. Dann kam der Herr auf die Kohlenabsatznot zu sprechen. Er schilderte, wie sich Berge von Kohlen anhäufen, für die es keine Absatzmöglichkeit gäbe. Doch mit einer Preissenkung sei da nichts geholfen. In diesem Fall sei lediglich die Metallindustrie der gewinnende Teil. Sie würde dann die Kohlenbergwerke mit Stumpf und Stiel aufkaufen. Der Herr Diplom-Ingenieur, volkswirtschaftlich gut geschult und informiert, wie er nun einmal ist, findet einen genialen Ausweg: den weiteren Abbau der Sozialleistungen zu Gunsten der Schlotbarone. Millionen Menschen frieren, haben kein warmes Heim, und die Herren Bergwerksbesitzer und Kohlenhändler wollen neue Subventionen, um über die Absatzkrise „hinwegzukommen“. Sie sollen die Kohlenpreise kräftig senken, damit auch die Arbeitslosen ihren Bedarf an Kohle

bei Stimmenthaltung des Zentrums, Annahme. Der besondere Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Leuschner erhielt nur die Stimmen der Rechten, alle anderen Parteien enthielten sich der Abstimmung.

Am hilflosesten benahm sich während der kurzen Tagung des Landtages die SPD-Fraktion. Trotz der großen Wahlniederlage fühlt sie sich immer noch in der „Verantwortung“, rettet sie immer noch die „Demokratie“. Statt ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen und rücksichtslos den Kampf für die Arbeiterinteressen in und außerhalb des Parlaments aufzunehmen, ist sie froh, wenn sie noch im geschäftsführenden Kabinett weiter mitmimen kann. Und so werden ihre Minister noch die Ehre haben, als Handlanger Brünings die vierte Notverordnung gegen die werktätigen Massen durchzuführen zu können.

lange darüber im klaren, daß nur ein SPD-Mann als Stadtbaurat in Frage kommt.

Der rote Roman. Im Verein für Literatur und Kunst sprach dessen Vorsitzender und Leiter des Bildungswesens der Dortmunder SAP, Genosse Dr. Lambbeck, über den roten Roman. Er besprach den polizeilich verbotenen „Sturm auf Essen“ von Hans Marchwitza, „Zwischen zwei Fronten“ von Oschanski, „Barrikaden am Wedding“ von Willi Bredel, in dem der Blutmai 1929 in Berlin behandelt wird und der ebenfalls verboten ist, weiter „Maschinenfabrik N. und K.“ von Bredel, „Maria und die Paragraphen“ von Franz Kray und „Die Rosenhoffstraße“ von Willi Bredel. Die Besprechung löste das Empfinden aus, daß es um den heutigen Staat sehr schlecht bestellt sein muß, weil er die rigorosesten Maßnahmen gegen die proletarische Literatur anwendet, um sie den breiten Massen nicht zugänglich zu machen.

Bochum

Eine Stadtverordnetenversammlung fand mit der durch Notverordnung und sonstige Einschränkungen außer Kraft gesetzten Selbstverwaltung entsprechendes Ende. Nachdem die Wahl einiger Schiedsmänner sowie die Bekanntgabe von Prüfungsberichten der verschiedenen Kassen erledigt waren, beschäftigte sich das hohe Haus mit einem Dutzend Anträge sozialpolitischen Inhalts, meist kommunistischen Ursprungs, von deren Nichtdurchführung seitens des Magistrats alle Parteien überzeugt waren. Trotz dieses Bewußtseins nahm die Debatte einige Stunden in Anspruch und wurde von der KPD. zeitweise recht lebhaft geführt, bis zum fälligen Hinauswurf eines KPD.-Sprechers. Der Magistrat ließ durch seinen Finanzdezernenten erklären, daß die Aufbringung der 20 000 000 RM. für Position Wohlfahrtsamt äußerst schwierig sei und es sich daher erübrige, weiteren Belastungsanträgen zuzustimmen. Das Plenum stimmte allen Anträgen mit Mehrheit zu. Trotzdem wird kein Pfennig an Bedürftigen erreicht. Nachdem diese nutzlose Arbeit getan war, schloß der Vorsteher mit herzlichen Wünschen für Weihnachten und Neujahr die letzte Sitzung im Notverordnungs-jahr 1931.

Der SPD-Landrat z. D. Hansmann macht wieder von sich reden. Blättermeldungen zufolge hat er sich in einer Angestelltenversammlung in Dortmund also vernehmen lassen: „Die hauptsächlich in Linden-Dahlhausen und Schwelm zur SAP übergetretenen SPD-Mitglieder sind Verräter und müßten 25 hinten aufgezählt bekommen.“ Beim Lesen solcher Landratsweisheiten ist für jeden Eingeweihten der erste Eindruck der: hier will sich ein in Ungnade verfallener Nutznießer der Nachkriegszeit höheren Ortes rehabilitieren. Wer sind wohl wirklich Verräter am Sozialismus, die, welche in Zeiten größter Not nicht herrschaftlich genug wohnen konnten und ihren Frauen, trotz gut bezahlter Stellung, noch einträgliche Beschäftigung zu geben wußten oder diejenigen, welche sich aus politischer Erkenntnis der SAP anschließen? Den ersteren gebühren — nicht einmal, sondern täglich! — „25 hinten aufgezählt“.

Organisations-Nachrichten

SAP Groß-Dulburg: Donnerstag, 17. 12. 20 Uhr, in beiden Sälen des Gewerkschaftshauses, Beckstraße, Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Maas, Köln, über „Die Einigung des proletarischen“ Mitgliedebuch als Anweisung mitbringen, da auf Grund der neuen Notverordnung strenge Türkontrolle. — Jeden Mittwoch Schulungabend im oberen Saal des Gewerkschaftshauses.

... können, dann wird die Herrschaften nicht mehr über Absatzmangel zu klagen haben.

Zehntausend Mark bei der Stadt unterschlagen. Das städtische Revisionsamt hat festgestellt, daß ein Einnehmer der Gas- Wasser- und Elektrizitätswerke jahrelang Unterschlagungen begangen hat. Insgesamt hat er die Stadt um etwa 10- bis 13 000 Mark gebracht. Der Einnehmer hatte die säumigen Großabnehmer zu kassieren. Zunächst unterschlug er kleinere Beträge. Mit der Zeit wuchsen die veruntreuten Gelder immer mehr an. Der Einnehmer hatte eine recht einfache Methode, um seine Veruntreuungen zu verdecken. Er wußte, daß die Kontrolle nicht sonderlich scharf war und nutzte dies aus. Er benutzte jedesmal die nachfolgende Zahlung, um die vorhergehende zu decken. Das ging jahrelang so. Daß ihm das Revisionsamt schnappte, war mehr Zufall. Betrügereien auf so lange Sicht sollten eigentlich bei strenger Kontrolle nicht möglich sein!

Hof

Bei der SPD ist alle Scham zu den Hunden geflohen. Am Bestattungstag des SPD-Genossen Max Blumtritt, Chefredakteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Landtagsabgeordneter und Stadtrat, hing im schwarzen Flor am Geschäftshaus der Volkszeitung in der Marienstraße die schwarzrotgoldene Flagge. Im Leichenzug, an dem etwa 500 Menschen teilnahmen — etwa 2000 mögen am Krematorium versammelt gewesen sein — war nicht eine einzige rote Fahne zu entdecken. Soweit ist diese Gesellschaft also schon gekommen, daß sie sich schämt, die rote Freiheitsfahne zu hissen. Wann werden endlich auch die Hofer Proleten aufwachen?

Dortmund

Die verwaiste Stadtbauratsstelle wird nicht eingesparrt. Die Stadtverordnetenversammlung befaßte sich auch mit der Frage einer eventuellen Einsparung der durch den Tod des Stadtbaurats Bronner verwaisten Stadtbauratsstelle. Die SPD-Fraktion, die kürzlich bei der Arbeiterschaft einen Blumentopf dadurch zu gewinnen erhoffte, daß sie für die Einsparung des durch die Pensionierung Bredensbeck's freigebliebenen, besoldeten Magistratspostens eintrat und sie auch durchsetzte, fürchtet nun um ihren Einfluß. Sie hat darum Wiederbesetzung der Stadtbauratsstelle verlangt und mit Hilfe des Zentrums einen entsprechenden Beschluß herbeigeführt. Es heißt, daß die Stelle ausgeschrieben werden soll. In eingeweihten Kreisen ist man sich jedoch schon

Aufbauarbeit in Westfalen-Nord

Am 13. Dezember traten die von den bestehenden 18 Ortsgruppen in Westfalen-Nord (Regierungsbezirk Münster) gewählten Funktionäre der SAP zu einer Bezirkskonferenz in Recklinghausen zusammen. Die Konferenz hatte die Aufgabe, die vorläufige Unterbezirkseinteilung für Westfalen-Nord und die Vorbereitung des Bezirkstages vorzunehmen. Die Funktionäre waren von einheitlichem Willen besetzt, für die SAP das Beste zu leisten. Es zeigte sich, daß die SAP in Westfalen-Nord über einen in der Arbeiterbewegung wohlgeschulten und kampferprobten Funktionärskreis verfügt.

Genosse Buschfort berichtete über den bisherigen Aufbau in Westfalen-Nord, und die Funktionäre gaben Berichte aus den Ortsgruppen, die davon zeugten, daß Organisatoren am Werke sind, die etwas von der Sache verstehen. Die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse bringen zum Ausdruck, daß man gewillt ist, die breite Mitgliedschaft in Westfalen-Nord über alle Fragen der Organisation, der Politik und des ideologischen Gehalts der Partei entscheiden zu lassen. Es besteht schon heute kein Zweifel mehr darüber, daß das Industrieproletariat, das sich in der SAP sammelt, der klassenbewußte Träger des revolutionären Sozialismus ist.

Es wurden nachstehende Beschlüsse einstimmig gefaßt:

Es werden folgende Unterbezirke gebildet: 1. Gelsenkirchen-Vest-Recklinghausen, 2. Ahlen, 3. Münster. Der Unterbezirk Gelsenkirchen-Vest-Recklinghausen wird zu gegebener Zeit in zwei Unterbezirke zerlegt.

Der Bezirkstag Westfalen-Nord findet am 10. Januar 1932 in Buer statt.

Die Abstimmungen auf dem Bezirkstag erfolgen nach der Zahl der von den gewählten Delegierten vertretenen Mitglieder, die bis zum 1. Januar 1932 beim Bezirk verrechnet sind.

Die übrigen Beschlüsse und die Anschrift für die Unterbezirke werden den Ortsgruppen durch Rundschreiben bekanntgegeben.

Die Konferenz, die um 10 1/2 Uhr begann, war um 16 Uhr beendet. Alle Beratungen verliefen in außerordentlich sachlicher und verständiger Weise. Von der Tagung wird eine neue Welle der begeisterten Arbeit für die Sozialistische Arbeiterpartei ausgehen.

W E R B T für die „SAZ“

Feuilleton der SAZ

Das Lichtfünkchen / Von Kurt Eisner

Irgendwo in einem fernen Erdteil, vielleicht auch auf einem anderen verloren im Universum kreisenden Stern, grenzen zwei Völker aneinander. Nur ein schmaler Bach, den man in stiller Zeit durchwaten kann, scheidet die beiden Völker; eine Holzbrücke, schwank und morsch, führt hinüber.

So eng die beiden Nachbarvölker gesellt sind, sie haben nichts miteinander gemein.

Nur eine Million Seelen zählt das eine, in 50 Millionen entfaltet sich das andere Volk, aber an Land besitzt die eine Million das 50fache des Raumes, auf dem die 50 Millionen hausen.

In dem Volk der einen Million besitzt jeder eine weite Fläche fruchtbarer Landes, jeder Paläste mit zahllosen Räumen, kunstvollen Möbeln und allerlei schwelgerischem Gerät. Indessen die Paläste verfallen — denn die Hände der Besitzer verstehen sich nicht auf Maurer-, Zimmerer-, Schlosser- und Malerarbeit. Die Möbel erblinden und das Gerät rostet; denn ihre Arme reichen nicht aus, um auch nur den Staub von den tausend kostbaren Dingen zu entfernen. Nur ein Fenster halten sie noch sauber, um doch durch die Scheiben in die Sonne sehen zu können. Und die Felder sind dürr oder überwuchert von Unkraut. Nur einige Handbreiten sind mit elenden Korn-, Küchen- und Futtergewächsen bestanden. In den Stallruinen stehen traurig ein paar Stück mageren Viehes, krank und schmutzig; wenn sie es schlachten wollen, probieren sie mühselig und grausam stumpfe, rostige und scharfge Messer; denn wer wollte sie wohl, bei der Fülle zu bewältigender Arbeit, immer schleifen und säubern. Fällt der Regen nicht reichlich, so geht auch das wenige zugrunde. Die Kleider, die einmal aus edlem Samt und Gold bestanden haben müssen, sind mürbe, fleckig und häßlich geworden. Die jungen Fräulein sticheln wohl zur Aufbesserung ihres Kostüms seidenen Zierrat, aber die Vorräte von Garn sind nur noch spärlich. Ekle Dünste brüten über den Palästen.

In den Kellern hat das Volk, jeder einzelne, unendliche Haufen von Gold und Edelsteinen aufgespeichert. Aber alle Rücken zusammen sind nicht stark und zahlreich genug, um auch nur das gemünzte Gold vom Orte zu bewegen.

In der Erde schlummern ungenutzt gewaltige Lager von Kohle und Erzen — wer vermag sie zu fördern!

Zum Schutze gegen die Feinde haben sie Millionen furchtbarer Kanonen, Maschinengewehre, Flinten, doch wer soll alle die Mordwerkzeuge bedienen? Wahre Gebirge von Pulver und anderen Sprengstoffen türmen sich auf; sie könnten höchstens die ganze Masse auf einmal zur Explosion bringen, aber sie nicht verwerten. In den Häfen der Küste liegen zahllose Panzerkolosse, tot und stumm seit undenklicher Zeit, plumpe, sinnlose Klötze; niemand vermag sie zu heizen, zu lenken.

Finster und feindselig sind die Gedanken dieses Volkes, sie denken an Blut, Tod, Zerstörung — sie hassen alles . . .

Jenseits des Baches aber, die 50 Millionen, drängen sich übereinander in engen Löchern. Der fleißig bestellte Boden reicht nicht aus, um den Hunger zu stillen. Sie haben kein Geld, keine Schätze, keine Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe. Aber ihre starken Arme schaffen ohne Unterlaß. Ach, wenn sie nur Land hätten, Kohle und Erze, Wälder und Wasserkraft! Doch die Natur, in die sie gebannt sind, ist arm und gibt auch dem Schweiß nur geringe Mittel her. Sie arbeiten alle miteinander, schlafen bei offenen

Türen, sie haben nichts, das man ihnen stehlen könnte; und sie lieben sich, es fürchtet nicht der Mensch den Menschen. Darum sind sie wohl auch, trotz allem Elend, so aufrecht, heiter, voll von Sehnsucht und Vertrauen auf ihre Kraft und ihre Zukunft. Heiter sind ihre Gedanken, und sie lachen gern.

Den Forscher und Denker, dem ich von diesen beiden Völkern erzählte, fragte ich, wie er sich wohl das Verhältnis der beiden Völker zueinander dächte: „Das läßt sich, auch ohne daß ich jemals den Fuß in jene Welt gesetzt, mit astronomischer Sicherheit ermessen. Das Volk der einen Million lebt natürlich in ewiger Sorge, zu verhungern, unter den Trümmern der eigenen Paläste umzukommen. Tag und Nacht schreckt sie die Angst, das Nachbarvolk könnte sie überfallen, diese ungeheure physische Uebermacht würde sich ihrer Schätze und Waffen bemächtigen und die Wehrlosen ausrotten. Es muß furchtbar sein, in der ewigen Furcht solcher Gefahr zu leben; denn dieses Volk der Million hat nichts — außer tote, für sie unnütze Materie —, und die anderen besitzen alles: die Zahl, die Kraft, die Arbeit, den Mut und den hellen, fröhlichen, schaffenden Geist.“

„Und eines Tages werden die 50 Millionen auch den Bach überschreiten — aber nicht als Feinde, sondern als Erlöser — sie werden all die ungefüge, sinnlose Materie, den toten Reichtum zur Auferstehung bringen: diese Grenzüberschreitung wird das Paradies erschaffen. So ist's, ich wette meinen Professorenkopf darum; es kann nicht anders sein!“

„Das glaubte ich auch anfangs,“ erwiderte ich, „aber als ich näher zusah, entdeckte ich, daß alles genau umgekehrt war. Sie haben Ihren Professorenkopf verwettet!“

„Unmöglich!“ sagte der Forscher und Denker unerschüttert!

„Unmöglich vielleicht, aber jedenfalls wirklich! Die eine Million betrachtete sich als das Herrenvolk, unbesieglich und über allem Rechte und Besitze thronend, unendlich reich, stark, gebietend über die Welt und fähig, jeden Augenblick die 50 Millionen nach ihrem Willen zu lenken, zu beugen, zu zerschmettern.“

„Die Möglichkeit solcher dummen und blinden Einbildungen will ich nicht leugnen. Diese Million war offenbar in ihrer endlosen Not geistig entartet und unterlag den Halluzinationen des Größenwahnsinns. Auf solchem Boden mußte ja jede geistige Erkrankung wuchern. Indessen, diese Wahnvorstellungen gingen die anderen nichts an. Sie lachten darüber.“

„Keineswegs! Die eine Million dachte nur, was die 50 Millionen fühlten. Dieses große und rüstige Volk von 50 Millionen lebte in dem Gedanken, daß es ohnmächtig sei, jederzeit von den Nachbarn völlig zertreten werden könne. Sie fürchteten das Gold, das Land, die Kohle, die Waffen der einen Million!“

„Aber das war doch samt und sonders wesentlicher Spuk!“

Das glaubten die anderen keineswegs. Zwar fühlten sie das Unerträgliche, daß alle ihre Kraft, alle ihre Arbeit ihr Elend nicht linderte, aber sie sahen kein Mittel, das Glück und die Macht zu erobern. Ihnen fehlte ja alles.“

„Fehlte? Sie brauchten doch nur hinzugehen und zu holen, was sie brauchten. Wer hätte ihnen widerstehen können?“

„Sie sind schließlich auch über den Bach gegangen.“

„Nun also,“ triumphierte der Forscher und Denker.

„Und sie erneuten für jene die Paläste, bestellten für jene die Aecker, holten für jene die Schätze aus dem Boden, schleppten für jene das Gold und bedienten für jene die Kanonen, Gewehre und Panzerschiffe. Ganz wehrlos, ganz ohnmächtig fühlten sie sich, schmachteten in Elend und Not. Und die besten unter ihnen marterten sich die Köpfe, welche Mittel es wohl für sie gebe, der Uebermacht der einen Million Herr zu werden. Sie ersannen sich hundert Methoden und verwarfen sie alle wieder als unmöglich, als zwecklos.“

„Sie reden von einem Reich des Wahnsinns,“ lachte der Denker und Forscher.

„Ich rede von gestern und heute und morgen, von euch und uns, von einer Wirklichkeit, die Ihren Wahnsinn als die Vernunft und Ihre Vernunft als den Wahnsinn gesetzlich festlegte!“

„Das ist tolle Phantasie“ — erklärte der Professor —, „Gespensergeschichten aus Nebelheim, wo man den Golem als Gott fürchtet. Die 50 Millionen hatten doch alle Mittel der Macht, und die eine Million keines. Was brauchten die 50 Millionen da erst nach Wegen zu suchen, sie erstreckten ja fast im Ueberfluß der Machtmittel!“

„Ja,“ sagte ich, und das Blut drang mir zum Herzen, „sie hatten wohl alle Mittel, aber es fehlte ihnen das Mittel, das einzige Mittel, die Welt für sich zu erobern: das kleine, winzige Lichtfünkchen, das die Macht über alles Elend bedeutet, das Fünkchen, das im Gehirn aufleuchtet: die Erkenntnis.“

„Die Unüberwindlichen“

Nachkriegsdrama von Karl Kraus

Berliner Volksbühne.

Die Unüberwindlichen, das ist die bürgerliche Presse; die Unüberwindlichen, das sind die korrumpierten Behörden; die Unüberwindlichen, das sind die Ehrlichkeit heuchelnden Spitzen des kapitalistischen Staates; die Unüberwindlichen, das sind die Polizei und ihre Machtmittel.

Karl Kraus beleuchtet sie mit dem grellen Scheinwerfer seiner Offenheit. Wichtig ist, daß all das Empörende sich wirklich so zugetragen, daß man in Wien einen europäischen Skandal totgeschwiegen hat. Was die Spitzen kompromittiert, was die Schwächen des kapitalistischen Systems bloßlegt, wird immer und allerorts totgeschwiegen . . .

Barkassy, Chefredakteur verschiedener Skandalblätter, ist ungekrönter Kaiser von Wien. Alle, alle hat er in der Hand, ein Erpresser ganz großen Stils, so großen Stils, daß er nicht mehr Erpresser zu nennen ist, weil sie ihm alle von selber geben — und er, er hat halt genommen. Er hat den Polizeipräsidenten Wacker alias Schober in seiner Zange, Finanzminister trinken aufs Wohl seiner Blätter, er ist vom Werkzeug des mächtigen Geldfürsten zu dessen Beherrscher emporgestiegen, Barkassy, der Pester jüdische Urwiener. „Wien ohne ihn, das ist beinahe so undenkbar wie er ohne Wien. . .“

Man geht ihm an den Kragen, endlich will der Staatsanwalt eingreifen, man will ihm nachweisen, daß er ein vorbestrafter Verbrecher ist; sehr geschickt zitiert er einen Satz Kurt Eisners: „Für all das, was die Journalisten der kapitalistischen Presse wider ihre Ueberzeugung schreiben, müßten sie eigentlich vom Verleger belohnt werden.“ Stimmt. Man soll nicht annehmen, daß die Journaille der Bourgeoisie so dumm ist, ihr eigenes Ge-

schreibsel zu glauben. Sie machen aus Wahnsinn und Fälschertum System, und sie wissen über ihre Niedertracht genau Bescheid!

Und eine zweite Macht des Kapitals greift Kraus an: die Polizei und Schober! Wer erinnert sich nicht mit Schrecken an jene Julitage in Wien, als der Justizpalast abbrannte und die Polizei schoß, schoß, auf harmlose Passanten schoß, schwangere Frauen, Kinder abknallte, Sechzehnjährige und Greise — als sie mit stumpfen Geschossen ihre Gewehre lud, Grausamkeit auf Grausamkeit häufend. Wacker (Schober): „Ich tue meine Pflicht!“

Herr Schober hat sich bis heute von Kraus' Anklage nicht reinigen können.

Dem Hohn, der Felonie wird die Krone aufgesetzt. Barkassy war aus Wien geflohen, er sollte verhaftet werden, Herr Schober hatte ihn rechtzeitig über die Grenze gehen lassen. Barkassy erholte sich im Ausland schnell von seiner „Nervenschwäche“, die ihn, den Allmächtigen Wiens, hatte zusammenbrechen lassen. Er kehrt zurück! Besuch auf jenem Weihnachtsfest mitten in „stiller, heiliger Nacht“ den Polizeipräsidenten und die Spitzen Oesterreichs. Sie, die eben noch schrien: „Heraus aus Wien mit dem Schuft!“, die antisemitische Bemerkungen machten, klappen zusammen wie Taschenmesser, als der Chefredakteur der Skandale anleutet, was er alles weiß. . .

Kraus hat seine Pflicht getan. Er hat gezeigt, daß die Unüberwindlichen eigentlich nur Papp-Attrappen sind, die vor einem Gauner die Fahne streichen. Kraus hat gezeigt, daß diese Gesellschaft abzudanken hat, sie und die Exponenten ihrer Macht.

*

Sonntag vormittags in der Volksbühne. Einmaliges Gastspiel des Leipziger Komödienhauses. Zu erwähnen sind der Darsteller des Polizeipräsidenten (Kurt Meister) und des Barkassy (Peter Ihle).

Hier wäre ein Stück für die Bühne des Volkes.

Warum nimmt die Volksbühne dieses Werk nicht in ihren Abendspielplan auf? Warum mußte sie überhaupt zu dieser zweiten Aufführung erst gezwungen werden? Sollten da „diplomatische“ Momente mitspielen? Douglas.

Volks-theater am Kurfürstendammm?

Man schreibt der „SAZ“:

Der Berliner Theaterdirektor Joseph Aufricht hatte früher mal den schönen Ehrgeiz gehabt, ein proletarisches Volkstheater zu schaffen. Neben manchem Mißlungenen hat Aufricht sich mit Auführungen, wie Drehtweills „Dreigroschenoper“, Ungars „Gartenlaube“ u. a. m., unbestreitbare Verdienste erworben und — sich auch den Haß aller Kulturreaktionäre zugezogen. Nunmehr eröffnet Aufricht seine diesjährige Spielzeit mit dem heftig umkämpften Werk „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny“ von Brecht und Weill. Mit großer Ueberraschung hörte man aber, daß Aufricht für diese Aufführung Reinhardt's Theater am Kurfürstendammm, das Luxustheater der Bourgeoisie, gepachtet hatte. Noch überraschender ist, daß Aufricht die Preise der Plätze von 5 Mark aufwärts festgesetzt hat. Derartige Preise bedeuten den Ausschluß des Proletariats vom Theaterbesuch. Wir fragen Herrn Aufricht, ob er derartige Preise mit seinen Anschauungen vereinbaren kann. Wir fragen auch Bert Brecht und Kurt Weill, ob sie wirklich zugunsten einer snobistischen Kurfürstendammbourgeoisie auf das proletarische Publikum verzichten wollen. Helmut Herzberg.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

Copyright by Gretenverlag Rudolstadt

25. Fortsetzung

„Das ist richtig,“ erwiderte der Assessor, „es fehlt jeglicher Rechtsschutz, für den angeklagten Jugendlichen sogar in seiner primitiven Form. Nicht einmal die Möglichkeit einer Begnadigung besteht, die doch selbst jedem Mörder gegeben ist, und nicht einmal ein Schutz gegen böswillige Denunziation ist vorhanden; denn während derjenige, der einen anderen einer strafbaren Handlung bezichtigt, von der er weiß, daß der andere sie nicht begangen hat, riskiert, selbst wegen falscher Anschuldigung bestraft zu werden, fehlt eine ähnliche Strafbestimmung hinsichtlich des Jugendlichen, dem böswillig Verwahrlosung nachgeredet wird. Wenn ein Erwachsener lediglich in verleumderischer Absicht wider besseres Wissen von einem Jugendlichen behauptet, er sei verwahrlost, und wenn er hierwegen eine wissenschaftlich falsche Anzeige gegen den Jugendlichen beim Jugendamt erstattet, so kann der Denunziant noch nicht einmal wegen falscher Anschuldigung bestraft werden.“

„Es ist seltsam, daß sich die Öffentlichkeit so wenig mit diesen Dingen beschäftigt.“

„Sie haben recht,“ sagte Dr. Geyer, „das ist seltsam, aber es ist doch auch natürlich, denn der Jugendliche, der von diesem Schicksal betroffen wird, ist gar nicht in der Lage, die Öffentlichkeit auf sein Schicksal aufmerksam machen zu können, und Angehörige, die das für ihn tun können, hat er nicht, sonst wäre ihm das ganze Unglück nicht widerfahren.“

„Darin liegt die Erklärung dafür, daß dieses Verfahren noch möglich ist,“ war des Assessors Meinung. Etwas von Kummer lag dabei in seinem Gesicht.

30.

Der Beschluß des Dr. Schubert war längst vom vorgesetzten Landgericht aufgehoben worden, und die Zusammenkunft zwischen Hammer und der Eusebia Bader hatte diesmal etwas Heimliches. Hammer hatte der Frau Bader aufgetragen, sie solle darauf achten,

daß niemand von den Wehners sie sieht, wenn sie zu ihm kommt.

„Die Gemeinheit der Menschen ist wirklich arg,“ begann Hammer, „jetzt haben wir doch dieses Mal die Sache eigens bei dem Jugendamt und bei dem Vormundschaftsgericht gemacht, damit das Kriminalamt nichts davon erfahren soll, und was glauben Sie, daß dieser hundsgemeine Lump, der Geyer, gemacht hat, auf das Kriminalamt ist er gelaufen und hat alles verraten. No ja, Sie wissen doch, wie das ist, den Lumpen wird immer geholfen und jetzt sitze ich schwer in der Tinte. Disziplinarverfahren wollen sie gegen mich machen. Das hat man davon, wenn man sich für die öffentlichen Belange ins Zeug legt und dafür sorgen will, daß die Jugendlichen nicht verwahrlosen. Wir Kriminalisten wissen doch am besten, wenn eine Jugendliche in die Erziehungsanstalt gebracht werden muß, aber die Esel vom Gericht, die verstehen das nicht. An unserem soll's dann hinausgehen. Jetzt passen Sie einmal auf, Frau Bader, da müssen Sie helfen. Die Lumpen behaupten nämlich, der anonyme Brief an das Jugendamt sei von Ihnen auf meine Veranlassung hin geschrieben worden. Das ist natürlich nicht wahr. Das müssen Sie doch selbst sagen, Frau Bader, daß das nicht wahr ist, und daß ich gar nichts davon gewußt habe, daß Sie so einen Brief schreiben.“

„Das kommt darauf an,“ antwortete Frau Bader, „ganz sicher weiß ich noch nicht, ob Sie nichts von dem Brief gewußt haben. Es könnte auch sein, daß Sie mir gesagt haben, wie ich es machen muß. Den Zettel, auf den Sie mir damals die Adresse vom Jugendamt geschrieben haben, habe ich immer noch aufgehoben. Es kommt halt darauf an, ob Sie mir weiter helfen wollen, daß die da drunten doch einmal reinkommt.“

„Darauf dürfen Sie sich verlassen,“ sagte Hammer feierlich, „ich habe einen neuen Plan, einen ganz sicheren Plan, der dieses Mal ganz fehlerhaft Erfolg haben muß. Aber er läßt sich natürlich nur durchführen, wenn Sie mir heraushelfen. Der Plan gelingt natürlich nur, solange ich bei der Kriminalpolizei bin, und wenn Sie mir nicht helfen, dann komme ich weg von dort.“

„Dann können Sie auf mich rechnen,“ gelobte Frau Bader, „dann ist es ganz ausgeschlossen, daß Sie mich zu dem anonymen Brief veranlaßt haben.“

„So ist's recht,“ erwiderte Hammer, „also passen Sie auf, wie Sie's machen müssen. Sie werden nämlich als Zeugin vernommen im Disziplinarverfahren und müssen aussagen und müssen schwören. Werden Sie nun ganz bestimmt sagen, daß Sie den Brief vollständig aus freien Stücken geschrieben haben?“

„Ganz bestimmt.“

(Fortsetzung folgt)

Der tägliche Vormarsch

Sachsen immer noch voran

In Nünchritz bei Riesa versuchte die Polizei, eine Mitgliederversammlung der SAP zu verhindern. Ergebnis: noch vor Beginn der Versammlung waren sieben Neuaufnahmen zu verzeichnen.

In Zittau sprach Max Seydewitz, nach dem die öffentliche Versammlung verboten war, in einer Mitgliederversammlung der SAP. Ueber 300 Mitglieder nahmen sein Referat mit großer Begeisterung auf.

In der kleinen, von den Nationalsozialisten beherrschten Gemeinde Zwota bei Klingenthal waren über 400 Arbeiter dem Ruf der SAP zu ihrer ersten öffentlichen Versammlung gefolgt. Ein erfolgreicher sozialistischer Vorstoß in der Nazihochburg!

Auch in Thüringen geht es vorwärts! Korp.

In Arnstadt wurde in einer von der SAP einberufenen Versammlung eine Schutzbrigade gegründet. Eine große Anzahl von Genossen erklärte sofort ihren Beitritt.

In Hessen



Wie die Nazis mit dem Zentrum regieren wollen.

(Karikatur des „Vorwärts“)

Im Reich



Und wie das Zentrum mit der SPD regiert hat

SPD

Der Gehaltsabbau in Sachsen

Das Gesamtministerium hat am Freitag eine Verordnung zur Ergänzung der sächsischen Sparverordnung vom 21. September 1931 beschlossen. Sie bringt eine Neuordnung der Gehaltskürzung der Beamten. Diese war notwendig geworden, da die letzte Reichsnotverordnung eine auch für die Landesbeamten geltende allgemeine Gehaltskürzung um 9 v. H. verfügt hat. Durch die Ergänzungsverordnung wird nunmehr die sächsische Sondergehaltskürzung von 5 bzw. 4 v. H. für die Beamten mit Kindern und von 7 bzw. 6 v. H. für die Beamten ohne Kinder aufgehoben; die Gehälter der Landesbeamten werden also vom 1. Januar an wieder in derselben Weise gekürzt wie die Gehälter der Reichsbeamten. Die besondere Kürzung für Doppelverdiener bleibt jedoch auch weiter bestehen; sie wird aber von 20 auf 15 v. H. ermäßigt und bis 31. Januar 1934 befristet. Ferner wird nunmehr, und zwar mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1931 ab, die Aufrückungssperre, die das Reich wider Erwarten nicht eingeführt hat und die auch die anderen Länder fallen gelassen haben, aufgehoben. Die sonst durch die Sparverordnung verfügten Herabsetzungen von Gehaltsstufen müssen bestehen bleiben; ihre Aufhebung würde wegen der entgegenstehenden Vorschriften der Zweiten Reichsnotverordnung gar nicht allenthalben möglich gewesen sein. Die Ausgleichszulage wird insoweit fortgewährt, als die Gesamtkürzungen aus der Sparverordnung und aus der letzten Reichsnotverordnung 11 v. H. der ungekürzten Dienstbezüge übersteigen würden.

Weiter verfügt die Ergänzungsverordnung auf Grund der durch die Dritte Reichsnotverordnung gegebenen Ermächtigung die

Kürzung der Dienstbezüge der Angestellten aller unter Landesaufsicht stehenden öffentlichen Körperschaften

in weitestem Sinne. Dazu gehören außer den Gemeinden und den Gemeindeverbänden unter anderem die Krankenkassen, die Handels- und Gewerbetreibenden, die Innungen, das Meßamt in Leipzig, ferner die Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und die Verbände von Körperschaften des öffentlichen Rechts, endlich alle Unternehmungen der öffentlichen Hand, Staatsbank, Sächsische Werke, Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen sowie ähnliche Unternehmungen der Gemeinden und alle Einrichtungen und Vereinigungen, deren Einkünfte überwiegend aus öffentlicher Hand fließen. Alle diese Körperschaften werden verpflichtet, die Dienstbezüge ihrer Angestellten alsbald herabzusetzen. Soweit die Bezüge 21 000 RM. jährlich nicht übersteigen, sind sie in demselben Ausmaße herabzusetzen wie die Bezüge der Staatsbeamten. Höhere Dienstbezüge sind in stärkerem Ausmaße herabzusetzen, und zwar nach einer steigenden Staffel, die mit 23 v. H. beginnt und mit 50 v. H. endet. Im übrigen dürfen die Bezüge solcher Angestellten künftig nicht mehr höher sein als die Bezüge gleichzubewertender Angestellter oder Beamter im Reichs- oder Staatsdienst. Die Bezüge werden ohne Rücksicht auf entgegenstehende Verträge durch schriftliche Erklärung der dienstberechtigten Körperschaft vom Ersten des auf die Erklärung folgenden Kalendermonats ab herabgesetzt.

Kein Abbau der Reichswehrgehälter

Nach dem Wortlaut der letzten Notverordnung, die allen Beamten eine Gehaltskürzung von 9 v. H. auferlegt, sind die Angehörigen der Reichswehr von dieser Kürzung ausgenommen, außer den Offizieren vom Major aufwärts, die wie bisher, von der Kürzung voll betroffen werden. Es ergibt sich nun, daß jetzt ein älterer Hauptmann besser gestellt sein würde als ein jüngerer Major. Wie hierzu von zuständiger Stelle verlautet, wird dieser Tatsache dadurch abgeholfen werden, daß die Gehaltskürzung für die Staboffiziere von nun an gestaffelt erfolgt, um sie den von der Kürzung nicht betroffenen Hauptleuten gegenüber finanziell nicht schlechter zu stellen.

Im Zeichen des Imperialismus Die Krise über Japan

Neues Kabinett gebildet — Sturz der Währung

Tokio, 13. Dezember.

Das neue japanische Kabinett setzt sich u. a. aus folgenden Persönlichkeiten zusammen:

- Ministerpräsident: Inukai,
- Außenminister: Joichisawa,
- Kriegsminister: Araki,
- Landwirtschaftsminister: Jamansai,
- Innenminister: Adatschi,
- Minister für Volksbildung: Katojama,
- Wirtschaftsminister: Majeda.

Die übrigen Minister sind noch nicht ernannt.

Berlin, 14. Dezember.

Für den wahrscheinlichen Kurs des neuen japanischen Kabinetts ist bezeichnend, daß der japanische Vertreter im Völkerbundsrat, Joichisawa, das Außenministerium übernimmt und von Paris telegraphisch nach Tokio beordert wurde. Es ist die Anerkennung für seine „gute“ Arbeit im Völkerbundsrat, für seine gute Arbeit — gut ohne Anführungszeichen! — im Dienste des japanischen Imperialismus. Der neue Kriegsminister Araki gilt als überzeugter Gegner der Sowjetunion, ist ein Haupteinpeitscher für die Verstärkung des militärischen Einflusses der Japaner in China und der Mongolei. Die Mitglieder des Kabinetts gehören ohne Ausnahme der Seijukaipartei an, das heißt der konservativen Militärpartei. Der Minister des Innern, der auch in Europa bekannte Diplomat Adatschi, ist aus der Minseito-Partei, der bisherigen Regierungspartei, ausgetreten. Diese hat also ausgespielt. Sie war nicht militaristisch-imperialistisch genug.

Die Schwierigkeiten der japanischen Wirtschaft, die sich u. a. ausdrücken in starken Goldverschiffungen nach Amerika — im Laufe der letzten vier Monate über zwei Milliarden Mark — tragen natürlich zu einer starken Verschärfung der Lage im Innern bei, geben daher all denen Auftrieb, die das Ventil nach außen öffnen wollen. Der Zusammenhang der inneren Schwierigkeiten mit dem imperialistischen Expansionsstreben, das zu dem Ueberfall in der Mandchurei geführt hat,

ist deutlich. Die kapitalistische Welt ist aus den Fugen, überall tun sich Brandherde auf; nicht einer der geringsten ist der im fernen Osten.

Die Mandchurei bleibt Faustpfand

Tokio, 14. Dezember.

In einer Erklärung über die Regierungspolitik teilte das japanische Kabinett mit, daß es mit allen Mitteln den vollen Schutz für die japanischen Interessen in der Mandchurei aufrechterhalten werde.

Da die liberale Minseito-Partei im Parlament über eine Mehrheit von etwa 100 Stimmen verfügt, wird wohl mit Neuwahlen zu rechnen sein, es sei denn, daß man sich auch in Japan der Segnungen eines Artikels 48 erfreut, der die übrige Verfassung außer Kraft setzt, oder daß die Kriegs- und Militärpartei die wahre Verfassung ihrer eigenen Uebermacht einfach zur Geltung bringt. So was solls ja auch in „zivilisierten“ europäischen Ländern geben.

Aufgabe des Goldstandards

London, 14. Dezember

Die Abwärtsbewegung der japanischen Währung nahm am Montag außerordentliche Formen an. Der japanische Yen wurde nur noch mit 40 amerikanischen Cents gegenüber einer paritätischen Bewertung von 50 Cents notiert. Dieser Kurs wurde in Tokio von der National City Bank of New York gezahlt.

Angesichts dieses starken Verfalls der japanischen Währung ist man in internationalen Finanzkreisen allgemein überzeugt, daß auch Japan vom Goldstandard abgehen wird, da dem Land infolge seiner verminderten Goldbestände eine nachhaltige Intervention am Devisenmarkt nicht mehr möglich sein wird.

Die Tokioter Börse ist bereits geschlossen worden. Voraussichtlich werden die Börsenräume zwei Tage geschlossen bleiben. In der letzten Börsenversammlung entwickelte sich bereits eine stürmische Aktienhaussse.

In vier Jahren . . .

Die Entwicklung des Fünfjahrplans

Moskau, 14. Dezember.

Im Zusammenhang mit der am 15. d. M. beginnenden Tagung des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der RSFSR (Innerrußland) fand gestern eine Vollsitzung der Budgetkommission des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees statt, in der der Vorsitzende der Staatsplankommission Innerrußlands, Rogoff, über die Entwicklung des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues der RSFSR Bericht erstattete. Er hob u. a. hervor, daß die Gesamtproduktion der vom Obersten Volkswirtschaftsrat Innerrußlands regulierten Industrie im laufenden Jahre im Vergleich zum Vorjahre um 28 Prozent gestiegen sei, die Nahrungsmittelindustrie sogar um über 60 Prozent. Nachdem der Berichterstatter auf das starke Anwachsen der Zahl der Arbeiter und Angestellten, sowie auf die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter hingewiesen hatte, faßte er seine Ausführungen dahin zusammen, daß Innerrußland den Fünfjahrplan in vier Jahren bereits mehr als erfüllt habe.

Preisherabsetzungskommission in Rußland

Der Zentralkontrollausschuß der Kommunistischen Partei und das Volkskommissariat für Arbeit und Bauerninspektion haben beschlossen, eine staatliche „Inspektion für die

Herabsetzung der Preise“ zu bilden, die mit den größten Vollmachten ausgestattet werden soll. Die Inspektion erhält das Recht, mit Unterstützung von staatlichen und Parteiorganen verschiedene Strafen zu verhängen und Maßnahmen für die Herabsetzung der Preise zu treffen. Die GPU ist verpflichtet, die Inspektion in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Glückliches Frankreich!

Die Wahl der Mitglieder des Disziplinarates der Universität Paris hat den Sieg der sozialistischen und kommunistischen Studentenliste ergeben.

Vor der Wahl kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Studenten, an denen sich auch nichtstudierende Royalisten beteiligten. Der Krach war, wie sich daraus ergibt, von den „Königsknappen“ inszeniert.

Dem Kriegsgeist geopfert

36 italienische Matrosen ertrunken. Der Tender der italienischen Kriegsmarine „Teseo“ (das ehemalige österreichische Hilfschiff „Herkules“) ist bei der Insel Tavolara in der Nähe von Sardinien gesunken. Von der Besatzung, die etwa 140 Mann zählte, haben nach den amtlichen Meldungen 36 den Tod in den Wellen gefunden. Auch der deutsche Dampfer „Trapani“ hat sich an dem Rettungswerk beteiligt.

Selbstmord eines ungarischen Putschisten?

Budapest, 13. Dezember

General Franz Schill, der im Zusammenhang mit der Putschaffäre vor einigen Tagen in Haft genommen wurde, hat heute früh im Gefängnis Selbstmord durch Erhängen verübt.

Ob's wirklich Selbstmord war? Der Verhaftete war bis vor kurzem noch Leiter der ungarischer Polizei. Eingeweihte Kreise versichern — und zweifellos mit Recht —, daß zwischen der Regierung und den Putschisten ein enges Zusammenspiel gewesen ist. Es waren sicherlich in der Hauptsache außenpolitische Gründe (Kreditfrage), die die weißgardistische Regierung zwangen, gegen die Putschisten einzuschreiten und die ganze Sache als eine Aktion hirnerbrannter Verbrecher zu bagatellisieren. Man hat deshalb allen Grund, daran zu zweifeln, daß der verhaftete General Selbstmord verübt hat, dafür allen Grund anzunehmen, daß dieser „Selbstmord“ bereits beschlossene Sache im Augenblick der Verhaftung war, weil der General zu viel wußte und die ganze Bethlen-sippenschaft schwer kompromittieren konnte.

Danziger Bischof Nazifreund

Danzig, 14. Dezember.

In einer Versammlung der Danziger Nationalsozialisten betonte der Danziger Gauleiter, Reichstagsabgeordneter Forster, gegenüber Angriffen aus Zentrumskreisen,

daß der Danziger Bischof ein Freund der nationalsozialistischen Bewegung sei.

Wir arbeiten hier, so erklärte Forster, mit dem Danziger Bischof zusammen, um jener Bande Einheit zu tun, die der Kirche nicht nutzt, sondern schadet.

Der Bischof von Danzig, Graf O'Rourke, ist entgegen anderslautenden Meldungen von Geburt nicht Pole, sondern Balte.

Wieder Koalitionskabinet in Spanien

Azana verhandelt noch

Madrid, 14. Dezember.

Der vom Staatspräsidenten mit der Kabinettsbildung wieder beauftragte bisherige Ministerpräsident Azana hat bis in die Morgenstunden die Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten fortgesetzt, die ihrerseits nach Rücksprache mit den Parteien anscheinend zusagehafte Antworten gegeben haben. Wenn auch die endgültige Entscheidung wohl erst am heutigen Montagabend fallen wird, so kann doch schon vorausgesagt werden,

daß das neue Kabinett parteipolitisch die gleiche Zusammensetzung haben wird wie das alte.

Auch die Persönlichkeiten werden in der Hauptsache dieselben bleiben. Man rechnet lediglich mit dem Ausscheiden des bisherigen Ministers für öffentliche Arbeiten, Albornoz, unter Umständen auch des Wirtschaftsministers Nicolao.

So sieht die „Abrüstung“ aus

New York, 14. Dezember.

Die Foreign Policy Association in New York macht eine Vergleichsstudie über die Rüstungsauslagen der Großmächte bekannt, aus der hervorgeht, daß gegenüber 1913 die Rüstungskosten Amerikas um 197, die Japans um 142, die Englands um 42, die Frankreichs um 30, die Italiens um 44 und die Rußlands um 30 Prozent erhöht sind. Etasäßig belaufen sich die militärischen Ausgaben der einzelnen Länder auf 18,5 Prozent des amerikanischen, auf 13,8 Prozent des englischen und auf 21,9 Prozent des französischen Budgets.

Im April Neuwahlen in Griechenland. Der Zeitpunkt für die Neuwahl von Kammer und Senat ist nunmehr auf Mitte April festgelegt worden.

Arbeiter-Sport vom Sonntag

Gute Spiele bei schlechtem Wetter

In der Reichshauptstadt Interessantes Ergebnis Hansa-Eintracht

Die Fußballspiele hatten alle unter den schlechten Witterungsverhältnissen des Sonntags zu leiden. Sie stellten an die Spieler außerordentliche Anforderungen. Trotzdem wurde im allgemeinen guter Sport gezeigt. Nach ständig überlegenem Kampfe schlug Adler 0:8 Minerva haushoch 10:1. Bereits zur Pause hatten die Adlerleute sechs Tore vorgelegt. — Sicherer noch als das Resultat 3:1 vermuten läßt, gewann Weissenhof gegen Teltow. — Luckenwalde I hatte in Lichtenberg einen gleichwertigen Gegner. Nur mit 4:3 konnte die Luckenwalder Mannschaft ihre führende Position behaupten. — Luckenwalde III hielt es leider gar nicht erst für nötig, gegen Reinickendorf-Eintracht anzutreten, und überließ dem Gegner kampflos die Punkte. Dadurch stehen nun Reinickendorf und Luckenwalde I punktgleich. — Um die Zuschauer nicht zu enttäuschen, achtete sich Eintracht noch im letzten Augenblick den künftigen Meister des 2. Bezirks, Hansa, zu einem Freundschaftsspiel, das Eintracht nur mit 4:3 für sich entscheiden konnte. Ein interessantes Ergebnis, das zeigt, daß der Meister des 2. Bezirks dem Anwärter auf die Kreismeisterschaft ebenbürtig ist, um so mehr als Hansa bis zur Halbzeit mit 3:1 führte. Eintracht kam lediglich im Endspurt tüchtig auf und konnte knapp gewinnen. FTGB-Friedenau gewann gegen FTGB-Osten einwandfrei mit 5:2.

Handball im Morast

Auf dem wirklich reichhaltigen Handballprogramm fielen über 80 Prozent der angesetzten Spiele den moorigen Spielfeldern zum Opfer. Der in der Sonntagsnacht einsetzende Regen und der am Sonntag vormittag herrschende Sprühregen gaben in der Hauptsache die Veranlassung, daß viele Plätze gesperrt wurden. In der I. Klasse kamen dadurch nur drei Treffen zur Abwicklung. Aus der Abteilung A meldet die FTGB-Nordost einen Sieg über die reie Turnerschaft Hennigsdorf mit 4:0 (1:0). — Der Freien Turn- und Sportvereingung ist es auf eigenem Platz geglückt, dem Volkssport Wedding 3 mit 5:3 die Punkte abzunehmen. In der Abteilung B litt die FTGB-Nordring erneut Schiffbruch im Spiel gegen den Volkssport Neukölln. 4:1 (1:1) konnte sich die unbeständige Neuköllner Mannschaft durchsetzen.

Bezirksklasse Osten: TSV. Kaulsdorf—FTGB-Adlershof 7:1 (4:0), TSV-Kaulsdorf II geg. Friesen Fürstenwalde II 3:0 (1:0). Jugend: TSV. Kaulsdorf—Eintracht Mahisdorf 1:9 (0:5). Frauen: Normania—Butab 1:4. Jugend: VfK. Proles—Berlin XII 5:2. Männer: Freie Faltbootfahrer—Schweifsterne 3:1 (1:0).

Bezirksklasse Norden: Frauen: Volkssport Wedding II—FT. Hennigsdorf 1:5. FT. Hennigsdorf II—Reichsbanner Tegel 7:2 (6:0).

Bezirksklasse Süden: FTGB-Friedenau—FSV. Teltow 1:8 (0:3), FTGB-Friedenau II—FSV. Fichte III 5:2 (3:0).

Hockey-Spiele

Ein großer Teil der Spiele wurde leider ebenfalls ein Opfer der aufgeweichten Spielplätze. Bei den stattgefundenen Spielen konnte Tennis-Rot den Ersten Hockey-Club Spandau ein unerwartetes 5:1 abzwängen. Der Athletik-Sportklub verlor hoch gegen Volkssport Neukölln-Brütz 1:7.

Weitere Resultate: FHC. Spandau II gegen MTV. Bernau 1:3:1, Volkssport Neuk.-Brütz II verliert gegen SV. Moabit II 1:4, FTGB. Tempelhof II und SV. Moabit III trennen sich 5:3. Bei den Frauen siegten Tennis-Rot I gegen Volkssport Neukölln knapp aber sicher 1:0.

Bei dem Altersriegen-Faustball-Turnier wurden folgende Ergebnisse erzielt. Fürstenwalde—Proles I 6:4:2, Fürstenwalde—Faltbootfahrer 42:38, Faltbootfahrer—Proles II 55:39, Lichtenberg—Proles-Nordbezirk 48:40, Lichtenberg—Schöneberg 48:41.

Spandau siegt im Wasserball gegen Neptun 6:6

Unerwartet spannend verlief dieses Serien-Spiel im Lunabad. Neptun zeigte sich in der ersten Spielhälfte durch besseres Stellungsspiel leicht überlegen, konnte aber nicht verhindern, daß die sehr eifrig und ehrgeizig kämpfenden Spandauer stark aufkamen. Das Unentschieden entspricht dem Spielverlauf und wird beiden Teilen gerecht.

Sachsen — Sport Handball

Planitz I—Niederhau I 8:4

Die Punktspiele der ersten Klasse sind mit diesem Treffen, das nicht ganz den erwarteten Verlauf nahm, zu Ende geführt. Der vereiste und sehr nasse Boden war den Mannschaften hinderlich. Planitz führte bis Seitenwechsel gute Kombinationen durch, aus denen der große Torvorsprung hervorging. Halbzeit 7:2. Nach dem Wechsel trat eine starke Veränderung in der beiderseitigen Spielweise ein. Die Ballunsicherheit, die bei den Gästen vorherrschend war, hatte sich auf Planitz übertragen. Bei Haßlau hingegen steigerte sich der Eifer. Ein dritter Treffer, der durch eine schadhafte Stelle im Tornetz ins Aus ging, wurde vom Schiedsrichter nicht anerkannt. Planitz hat also die Serie ungeschlagen durchgeführt, und wird in den im April beginnenden Kreismeisterschaftsspielen den 6. Bezirk wieder vertreten. Hoffentlich spielt sich die Mannschaft bis dahin gut ein, daß sie wie in diesem Jahr zu Erfolgen kommt.

Wilkau I—Zwickau I 5:6

Zwickau erzielte kurz nach dem Anwurf den ersten Treffer und Wilkau nach einigen schnellen Angriffen den Ausgleich. Bis kurz vor der Halbzeit nahm das Spiel einen spannenden Verlauf. Als dann ein Zwickauer Spieler den Platz verlassen mußte, und gleich darauf ein Wilkauer nachfolgte, gab der Schiedsrichter das Spiel aus den Händen. Hinzu kam, daß durch die ungünstigen Bodenverhältnisse den Spielern schon Fehler unterliefen, die dann nach dem Wechsel noch verschärft wurden.

Friedrichsgrün I—Schedewitz I 2:5
Wilkau II—Reinsdorf I 4:3
Wilkau III—Reinsdorf II 5:3
Wilkau Jugend—Zwickau Jugend 5:2
Tabellenstand der I. Klasse

Planitz	12	28	86:51
Wilkau	12	18	83:63
Haßlau	12	16	78:65
Zwickau	12	11	70:62
Crimmitschau	12	8	74:82
Werdau	12	6	54:80
Leubnitz	12	2	49:91

Wieder eine Blamage der bürgerlichen Fußballer

Das Fußballspiel Paris—Berlin am Sonntag endete mit einem 6:1-Siege der Pariser. Die Franzosen waren den deutschen Spielern von Anfang bis zum Schluß weit überlegen. Die Berliner zeichneten sich durch besondere Langsamkeit aus. Von Niederlage zu Niederlage eilen die verpöppelten deutschen „Prominentenmannschaften“! „Deutschland in der Welt voran!“

Organisations-Nachrichten

SAP

Achtung! Bezirksverband Berlin: Der für den 20. Dezember vorgesehene Bezirksparteitag ist auf den 17. 1. 1932 verlegt. Näheres in der erweiterten Bezirksvorstandssitzung, Donnerstag, den 17., im Rosenthaler Hof.
Bezirksverband Berlin: Erweiterte Bezirksvorstandssitzung, Donnerstag, 17. 12. 30 Uhr, im Rosenthaler Hof Rosenthaler Str. 11/12. Von jeder Ortsgruppe hat nur ein Vorsitzender Zutritt.

Bezirksverband Berlin: Erweiterte Bezirksvorstandssitzung Arbeiter-Schule findet heute, 19. 12. 1931, im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstraße 13, Zimmer 96, statt.
Ortsgruppe Steglitz: Funktionärsitzung mit den Delegierten zum Bezirksparteitag, heute, 20. Dez. bei Wernicke, Steglitz, Ru. str. 6. Die Mitglieder der Agitationskommission nehmen an der Sitzung teil.

Ortsgruppe Kreuzberg: M.-V. Dienstag, 15. 12. 20 Uhr, in der Alkoholfreien Gaststätte, Marheinekeplatz. Ref.: Gen. Klaus Zweiling.
Ortsgruppe Neukölln, Abt. II, Britz: Mittwoch, 16. 12., 19. 12. Uhr, bei Becker, Chausseestr. 97, Mitgliederversammlung. Thema: Die politische Situation.

Ortsgruppe Weißensee: M.-V. am 16. 12., 19. 12. Uhr, im Lokal Bohazek, Wilhelmstr. 29, am Mirbachplatz.
Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus Dienstag, 15. Dez., 19. 12. Uhr, Lokal Bräuben, Burgdorfstraße 13, Eingang Wildenowstraße. Goswinn Fabian über: Theorien der soz. Revolution.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.

Heute, Dienstag, den 15. 12., 19.30 Uhr: Charlottenburg „Karl Liebknecht“: Heim Kaiserin-Augusta-Allee 57. Jüngere. — Marxismus. Friedrichshain „Rosa Luxemburg“: Heim Große Frankfurter Straße 16. Treffpunkt 19. 12. Uhr vor dem Heim.
Helmholtzplatz: 2. Abend. — August Behel.
Köpenick „roter Aufbau“: Jeder referiert.
Mariendorf „Rote Pioniere“: Heim Tempelhof.
Mitte „Rote Pioniere“: Heim Elisabethkirchstr. 19. Konferenz.
Neukölln I: Heim Mahlower Str., Arbeitsgemeinschaft: Gewerkschaften im Klassenkampf.

Sport im Vogtland

Die Spiele litten am Sonntag unter den schlechten Bodenverhältnissen, wurden aber alle fair und flott durchgeführt. Der neue Meister erfocht nur ein knappes Resultat. Spielberichte folgen morgen.
Im übrigen werden die Vereine nochmals darauf hingewiesen, daß sämtliche Spiele, die bis einschließlich Neujahr stattfinden, sofort zu melden sind.

Kleines Feuilleton

Der neue Langenberger Sender. Die Düsseldorfer Oberpostdirektion teilt, wird der Betrieb des neuen Groß-Rundfunksenders in Langenberg, sofern keine unerwarteten Schwierigkeiten auftreten, am 20. Dezember vorläufig probeweise aufgenommen, indem die Sonntags-Darbietungen ganz und die der Werktage von 15.30 Uhr ab auf den neuen Großsender geleitet werden.

Walter Harich gestorben.

In der Nacht zum Montag ist der Schriftsteller Walther Harich auf seiner Besitzung in Wuthenow in der Mark gestorben. Er ist durch Dichtungen und große Biographien über Hoffmann und Jean Paul, sowie durch zahlreiche Unterhaltungsromane bekanntgeworden.

Neukölln II: Heim Mahlower Straße.
Neukölln III: Heim Schule Herzbergplatz, Arbeitsgemeinschaft.
Neukölln IV (Britz): Heim Schule Chausseestr. 109, Arbeitsgemeinschaft.
Pankow: Heim Kissingenstr. 48. Politisches Kabarett.
Stralau „Friedrich Engels“: 6—8 Uhr Helmhof. Anschließend Arbeitsgemeinschaft: Marxismus.
Schönhauser Viertel „Paul Levitz“: Heim Volksparkschule „Gleimstr. 37, Zehminutenkonferenzen. Thema: Tagespolitik.
Schöneberg-Friedenau: Heim Hauptstr. 16. Räte-system.
Süd-Ost „Jean Jaures“: Heim Abt. Skallitzer Straße 6, Tagespolitik.
Tempelhof: Heim Götzstraße, Eingang Kinderhort, Unterbezirks-Mitgliederversammlung.
Wörther Platz „Matteotti“: Heim Lokal Reche, Metzler Str. 36, Aus dem Leben und Wirken Matteotti.
Westen: Heim Gonthier Str. 17, Bürgerliche und proletarische Kunst.
Westend: Heim Sportplatz, Tagespolitik.
Unterbezirk Tempelhof: Heim Götzstraße, Eingang Kinderhort, Unterbezirks-Mitgliederversammlung.

Die Roten Falken:

Baltenplatz „Matteotti“: Heim Tilsiter Str. 4/5.
Schönhauser Viertel „Paul Levitz“: Heim Sonnenburger Straße 29 (Schule), Tanzabend.
Mitte Rote Pioniere: Heim Elisabethkirchstr. 19. Kurzreferate.
Stralau „Rote Falken“: Heim Goßlerstr. 61.
Deutsche Friedensgesellschaft Berlin, Bezirksgruppe Süd-West: Dienstag, 15. Dez., 20.15 Uhr, Café am Stadtpark, Schöng. Immebrucker Straße 18, Ecke am Park, Heinz Kraschützki: Unser Weg aus der Arbeitslosigkeit.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Seebacher, für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag: Siegel Zeitungsverlagsges. m.b.H., Druck: Georg m.b.H., sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2904.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 2906.
Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2.40 einschließlich Postgebühr. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siegel Zeitungsverlagsges.“ m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

Volkshöhne

8 Uhr: Die Großherzogin von Gerslein



Bettfedern aus erster Hand, dab. billig, Dopp. gereinigt, füllkräftig, Pfd. graue 60 Pf., gechl. 75 u. 90 Pf. Buyl weich 1.50, Halbdaunen 2.75, weiß 4., hoch fein 5., gechl. weiß 3.50, Schließ-hatzt 5., Daunen 4., 7., weiß 7., 10., Oberbetten 11, hoch dicht 11, 12., 14.50, 18., Kissen 3.50, 4.20, 5.50 u. neu. Vers. frei. Nachh. von 12. 20. portofrei. Nichtpass retour. Must. u. Preisliste gratis. Böhm. Bettfed. Spezial-Haus Sachsel u. Stadler. Berlin C 459, Landauerstr. 43

Oberlausitz Weihnachtsfreude

verdoppelt sich durch gute Ware und billigen Preis
Empfehle: Sport-, Berufs- und Arbeitsbekleidung Heinz Schneider, Löbau Sa. Fabrikverkauf, Spezialgeschäft

Stromwaren Bandstühle Trikotagen Strickbekleidung, Kähler Fabrikate billigst bei Chemnitz Strumpf- u. Wollwaren Gerhard Lohs, Löbau i. S., Nicolaplatz 1

Schemm: Schirme zum Weihnachtsfest E. Günthers Nachfg., Löbau, Inn. Zittauer Str. 2

Hagl prima junges Fohlenfleisch Werbt für die SAZ
Bismarckstr. 1, Löbau

Geertners Fischhaus Löbau, Aeußere Bautzner Straße 1 empfiehlt zum rest prima Räucher-Aale Colardines u. s. m. Fischmarinaden Pilsener-Bier geschmackv. u. billig! Igl. preiswerte Gerichte in der Fischkuche

Schutzbund - Hemden

dunkelblau, mit rotem Bänder, waschecht, stark, RM 2.— bei sofortiger Kasse. Abnahme von zwei Dutzend an liefert Sonder-Fabrik Henschel & Co. Schließfach 10

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren!

Für den Weihnachtstisch

Damenkonfektion „Bleie Strickkleidung“ Kleiderstoffe Teppiche Läuferstoffe Decken Gardinen Handarbeiten Trikotagen Strickwaren Strümpfe Handschuhe Bettwäsche Tischwäsche Küchenwäsche Leibwäsche Größte Auswahl! Preise jetzt sehr billig!
E. Julius Neumann jr., Eibau, Bahnhofstr. Prima Bettfedern und Daunen



Reunion Cigarette Fürst Pückler la Qualität rein, mild, nur 5 Pfg. mit den herrlichen aus Kunstseide gewebten Bildern.

Stabenow Dappenklinik Anfertigung sämtl. Reparaturen, Puppen in allen Größen von einfachster bis zur modernsten Ausrüstung
Curt Stabenow Friseur, Eibau in Sachsen

Fahrräder Nähmaschinen bester Marken
Wasch- und Wringmaschinen Badewannen
Gustav Donath, Eibau i. S.

Fahrräder, Nähmaschinen Radio-Apparate bester Marken in reicher Auswahl
Albin Wenzel, Lawacke

Gegenheitsposten in Kleiderstoffen u. Kleiderseide eingezogen, günstig für Weihnachtsgeschenke

Auguste Jähne, Lauba

Seifen u. Parfümerien in Kartonagen von 0,30 an
Photo-Apparate und -Zubehör
Drogerie Peter Eibau i. S.

Spielwaren Feine Lederwaren, Linoleum u. Stragula Aufträge solid, Polstermöbel
OSWALD HARTUNG Sattler und Tapezierer Ebersbach i. Sa., Tel. 5216

Schuhwarenhaus Alwin Wänsche, Ebersbach i. Sa.

Beste Bezugsquelle von Schuhwaren aller Art.

Die allerfeinste Butter, den besten Käse u. Speisequark kauft man direkt oder in den Verkaufsstellen der Molkerei Herrnhut i. Sa.

Ein Photo-Apparat das schönste Geschenk

große Auswahl
Drogerie Behnisch Ebersbach i. Sa., Hauptstraße

Der preiswerte Weihnachtsverkauf hat begonnen! Auf alle Artikel rücksichtslose Preisreduzierung
Waren Sie Ihren Vorteil im Maß-u. Konfektionsgeschäft
Herb. Eder, Ebersbach i. S.

Zum Weihnachtsfest empfehle ich mein großes Lager in Herren-, Damen- und Kindergarderoben sowie Manufakturwaren zu den bekannt billigsten Preisen
Ad. Menzels Nchl. K. Flebiger Neusalza-Spremberg i. S. Verkaufsstelle der weltbekanntesten und beliebtesten „Bleie Kleidung“

Phönix-Nähmaschinen auch andere Marken Fahrräder Wasch- und Wringmaschinen in reicher Auswahl zu niedrig. Preisen
Friedrich Güntler, Neusalza-Spremberg, NB. Grammophon und Zubehör

Solas / Chaiselongues Auflage-Matratzen Kauft beim Fachmann Solide Preise — Modernisieren und Umarbeitung billigst
R. Seefeldt, Auerbach, Canevalde

Kauf bei unsere Inserenten

Stärkt den Presse-Fonds